
VEREINIGUNG VON FREUNDEN
DER
TECHNISCHEN HOCHSCHULE
ZU DARMSTADT E.V.

JAHRESBERICHT
1975

BERICHT

über die 50. Hauptversammlung am 28. November 1975

Ort: Großer Hörsaal des Fachbereichs 11
– Geowissenschaften und Geographie –
der Technischen Hochschule, Darmstadt, Schnittspahnstraße 9

Zeit: 14.15 Uhr

Anwesend: etwa 100 Mitglieder und Gäste

Eingangs begrüßte der Vorsitzende der Vereinigung, Herr Ehrensenator Dr.-Ing. Heinrich Toeller, die Anwesenden zur 50. Hauptversammlung der Vereinigung. Er stellte fest, daß die Einladung der Mitglieder form- und fristgerecht erfolgt war, und daß die Hauptversammlung somit beschlußfähig ist. Im Namen des Vorsitzenden des Vorstandsrates, Herrn Professor Humbach, begrüßte Herr Dr. Toeller auch die Mitglieder des Vorstandsrates zu ihrer heutigen Sitzung, die wie im Vorjahr an der Spitze der Tagesordnung der diesjährigen Hauptversammlung steht. Ein besonderer Gruß des Vorsitzenden galt dem Präsidenten der Hochschule, Herrn Professor Böhme, dem Vizepräsidenten, Herrn Professor Knell, dem Vertreter des Herrn Oberbürgermeisters der Stadt Darmstadt, Herrn Stadtrat Hofmann sowie unserem Ehrenpräsidenten, Herrn Senator Büchner. Ausdrücklich begrüßte Herr Dr. Toeller die Vertreter der Darmstädter Presse und bedankte sich bei ihnen für die zuverlässige Unterrichtung der Darmstädter Bevölkerung über das Wirken unserer Vereinigung in den vergangenen Jahren. Dann überbrachte Herr Stadtrat Hofmann die Grüße des Magistrats der Stadt Darmstadt und des Herrn Oberbürgermeisters Sabais mit folgender Ansprache:

Meine Herren Vorsitz, Herr Präsident,
meine sehr verehrten Damen, meine Herren,
liebe Kollegen!

In Vertretung des Oberbürgermeisters überbringe ich Ihnen zu Ihrer Jahrestagung die besten Grüße des Magistrates der Stadt Darmstadt, natürlich auch des Oberbürgermeisters. Nach der Hessischen Gemeindeordnung ist der Magistrat der Vorstand der Gemeinde, und den Vorsitz in dieser Gemeinde führt der Oberbürgermeister, deswegen die Grüße des Magistrats.

Es ist mir, als einem Absolventen dieser Hohen Schule, eine besondere Freude, Sie meine Damen und Herren in Darmstadt willkommen zu heißen. Mein herzlicher Gruß gilt vor allem den von auswärts Kommenden, beweist doch ihr Besuch in Darmstadt ihre Verbundenheit mit der Technischen Hochschule, mit der Vereinigung und nicht zuletzt auch mit der Stadt, in der die meisten von Ihnen ihre Studienzeit und damit wohl auch die schönste Zeit ihres Lebens verbracht haben.

Ihr Interesse für die Stadtentwicklung daher voraussetzend, möchte ich Ihnen drei in diesem Jahr begonnene Baumaßnahmen in Stichworten vorstellen, Projekte, von denen wir uns eine weitere Steigerung der Attraktivität dieser Stadt erhoffen. Die erste Baumaßnahme haben Sie sicherlich schon als lästig wahrgenommen, das ist die Bebauung des Luisenplatzes. Es entsteht dort zwar sehr viel Commerz, und manche meinen zuviel Commerz, etwas Büro-raum für die Stadtverwaltung und auch die Stadtverordneten, aber auch ein Tagungszentrum mit allen Nebenräumen für bis zu etwa 400 Teilnehmern. Das kann gerade für diesen Kreis von gewissem Interesse sein. Gleichzeitig verschwindet der Autoverkehr unter die Wilhelminenstraße; damit wird unsere Fußgängerzone über den Luisenplatz nach Westen bis an die Grafenstraße ausgedehnt. Ich glaube, Sie kennen sich alle in dieser Stadt aus, so daß ich es also mit diesen Hinweisen bewenden lassen darf. Zweitens, auf der Mathildenhöhe wird zur Zeit das Ausstellungsgebäude renoviert und erweitert. Das ist der wesentliche Beitrag der Stadt zum Jahr des Denkmalschutzes. Das wohl bedeutendste Baudenkmal des Jugendstils in Hessen soll dadurch erhalten und auch durch Anbau rationell genutzt werden können. Das dritte Bauvorhaben der Stadt ist die Orangerie. Die Stadt läßt dieses Gebäude renovieren, Sie wissen ja alle, es wurde als Theater beinahe zwei Jahrzehnte genutzt. Jetzt soll es wiederum in der alten Pracht eines Barockgebäudes aus dem 18. Jahrhundert erstehen und auch durch mannigfaltige bürgerschaftliche Nutzungen belegt sein. Es soll dort auch eine Gastronomie entstehen. Das wären die drei städtischen Baumaßnahmen von größerem allgemeinen Interesse. Vielleicht sollte ich noch erwähnen, daß eine berechtigte Aussicht besteht, daß in Darmstadt ein Hotel der gehobenen Mittelklasse mit etwa 120 Zimmern im nächsten Jahr gebaut wird. Soviel in Kürze zu der allernächsten Stadtentwicklung.

Ich wünsche Ihrer Tagung viel Erfolg, Ihnen allen meine Damen und Herren ein nettes geselliges Beisammensein, ein freudiges Wiedersehen sowie gute Tage und gute Bleibe in Darmstadt.

Herr Dr. Toeller dankte Herrn Stadtrat Hofmann für seine Ausführungen, die schon deshalb großes Interesse bei den Mitgliedern finden, weil viele von ihnen als Absolventen der Hochschule schöne Jugendjahre in den Mauern der Stadt verbracht haben und bat sodann Herrn Professor Humbach zu

Punkt 1 der Tagesordnung

Beratungen des Vorstandsrates

die Leitung der Versammlung zu übernehmen.

Eine Niederschrift über diese Vorstandssitzung erhalten alle Mitglieder der Vereinigung.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung

Eröffnung der Mitgliederversammlung und Bericht über das Vereinsjahr 1974/75

führte der Vorsitzende der Vereinigung folgendes aus:

Meine Damen und Herren!

Ich darf nunmehr unsere diesjährige Mitgliederversammlung eröffnen und Ihnen einen Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr geben. Bevor ich jedoch damit beginne, wollen wir zunächst derjenigen Mitglieder ehrend gedenken, die seit unserer vergangenen Jahrestagung aus unseren Reihen geschieden sind.

Es verstarben am:

- das Ehrenmitglied
- 24. 8. 1975 Bankdirektor i. R. Theodor Fleischer, Darmstadt
- die Vorstandsratsmitglieder
- 19. 12. 1974 Ehrensensator Dipl.-Ing. Franz Rudolph, Frankfurt am Main
- 28. 6. 1975 Dr.-Ing. Hans Harms, Darmstadt
- 19. 11. 1975 Direktor Reinhold Ilg, Stuttgart
- die Mitglieder
- 11. 10. 1973 Prof. Dr. Dr. h. c. mult Fritz Schröter, Neu-Ulm
- 14. 12. 1974 Prof. Dipl.-Ing. Helmuth Titschack, Darmstadt

- 4. 12. 1974 Ministerialrat a. D. Dipl.-Ing. Emil Rüdiger, Freudenstadt
- 11. 2. 1975 Dr.-Ing. Jakob Herbert, Jugenheim
- 11. 2. 1975 Dr. Eugen Mohr, Hüfingen
- 20. 2. 1975 Dr.-Ing. e. h. Walter Becker, Heidelberg
- 12. 3. 1975 Dr.-Ing. Erich Leicher, Frankfurt am Main
- 20. 5. 1975 Bankdirektor i. R. Richard Hopf, Darmstadt
- 28. 8. 1975 Ehrensensator Willy Haindl, Augsburg
- 28. 8. 1975 Staatsminister a. D. Dr. jur. Heinrich Troeger, Jugenheim
- 14. 10. 1975 Generallt. a. D. Friedrich Karl von Wachter, Darmstadt
- Dat. unbek. Otto Klaebisch, Eltville

Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben, ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren!

Im abgelaufenen Vereinsjahr ist, abgesehen von mehreren Besprechungen zwischen einzelnen Vorstandsmitgliedern, auch mit dem Herrn Präsidenten der Hochschule, der Gesamtvorstand unserer Vereinigung zweimal zusammengetreten, und zwar am 18. Juni und am 1. Oktober dieses Jahres.

In der Vorstandssitzung am 18.6. hat sich der Vorstand hauptsächlich mit einigen Satzungsänderungen befaßt. In der vorangegangenen Vorstandssitzung hatten wir lediglich die Absicht, Ihnen eine kleine Änderung hinsichtlich des Zeitpunktes der Hauptversammlung vorzuschlagen. Die eingehende Aussprache über unsere Satzungen ergab dann aber, daß wir doch eine ganze Reihe von Satzungsänderungen durchführen sollten, um die Satzung den heutigen Gegebenheiten anzupassen. Herr Professor Schultz hatte sich freundlicherweise bereit erklärt, unsere Beratungsergebnisse in entsprechende Satzungsneuformulierungen einfließen zu lassen, die Ihnen mit der Einladung zu dieser Hauptversammlung zugestellt worden sind. Wir werden unter Punkt 7 »Satzungsänderungen« auf diesen Punkt noch näher eingehen.

Weiterhin haben wir in der Vorstandssitzung am 18. Juni uns mit der Gestaltung unserer heutigen Jahrestagung befaßt. Zunächst einmal wurde beschlossen, für den Festvortrag einmal ein Thema zu wählen, das nicht aus dem Bereich der technischen Wissenschaften stammt, sondern aus der Biologie. Ich freue mich sehr, daß sich Herr Professor Lüttge bereit erklärt hat, einen Vortrag zu übernehmen, der sicherlich Ihr Interesse finden wird. Ich darf Sie, Herr Professor Lüttge, hier sehr herzlich begrüßen und Ihnen schon vorab unseren Dank aussprechen.

Hinsichtlich unserer »Abendlichen Veranstaltung« haben wir, wie Sie wissen, in den letzten Jahren den Versuch gemacht, wieder an die frühere Tradition anzuknüpfen und diese in der Otto-Berndt-Halle in einem etwas offizielleren Rahmen bei Tanz und Musik durchzuführen. Wir mußten jedoch feststellen,

daß der zahlenmäßige Erfolg nicht besonders groß war. Wir sind deshalb in diesem Jahr zu der schon mehrfach erfolgreich praktizierten Lösung zurückgekehrt, unsere »Abendliche Begegnung« im Georg-Moller-Haus durchzuführen.

Schließlich haben wir in dieser Vorstandssitzung im Juni auch über die Neuwahlen beraten, die sowohl im Vorstand wie im Vorstandsrat fällig sind. Hierauf werden wir unter Punkt 5 der Tagesordnung noch näher eingehen.

Die zweite Vorstandssitzung am 1. Oktober 1975 befaßte sich — wie immer — im wesentlichen mit den Anträgen der Hochschulprofessoren auf Bereitstellung von Forschungsmitteln seitens unserer Vereinigung. Hierauf wird unser Schatzmeister, Herr Dr. Wenzel, unter Punkt 3 der Tagesordnung noch näher eingehen.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, nun von zwei Veranstaltungen berichten, die in Zusammenhang mit dem Wirken unserer Vereinigung stehen. Am 23. Oktober dieses Jahres fand die diesjährige Sitzung des Kuratoriums der Waldemar-Petersen-Stiftung statt. Das Kuratorium besteht ex officio aus dem Präsidenten der Hochschule und dem jeweiligen Vorsitzenden unserer Vereinigung sowie zur Zeit aus einem weiteren Hochschulprofessor und Herrn Oberstudienrat Eglin. Herr Oberamtsrat Ripper führt die Geschäfte der Waldemar-Petersen-Stiftung. Bisher gehörte als weiterer Professor der Hochschule Herr Professor Hosemann dem Kuratorium an. Da dieser einem Ruf nach Erlangen gefolgt ist, ist an seine Stelle auf Vorschlag von Herrn Präsident Böhme Herr Professor Dr. Weigler getreten.

Von dem Waldemar-Petersen-Haus der Hochschule in Hirschegg kann ich Ihnen einen durchaus günstigen Bericht geben. Das Kuratorium hatte in seiner Sitzung vor einem Jahr die Pensionspreise etwas angehoben, um zu kostendeckenden Preisen zu kommen. Da die Belegung des Hauses in diesem Jahr wieder wie im vergangenen Jahr auf 10 000 Übernachtungen kommen wird, kann erfreulicherweise festgestellt werden, daß das Haus sich heute weitgehendst selbst trägt. Aus einer Erbschaft und einer Stiftung der dortigen Brauerei steht eine Summe von etwa 40 000,— DM zur Verfügung, von der bisher ein Drittel dazu verwendet wurde, um einen großen Teil der Betten gegen neue Betten aus Holz auszutauschen, in dem Haus neue Teppichböden zu verlegen und neue Matratzen zu beschaffen. Das Rechnungsjahr 1974 schloß mit einem nur geringen Fehlbetrag von rund 1800,— DM ab, den unsere Vereinigung übernimmt aus dem Reservefonds, den wir in den letzten Jahren für derartige Zwecke aufgebaut haben. Die erfreuliche Verbesserung der Ausstattung des Hauses verdanken wir neben den vorhin schon genannten Spenden aber auch noch Stiftungen von Lieferanten der Hochschule, die in den letzten zwei Jahren sich auf 8200,— DM beliefen, und einer tatkräftigen Unterstützung durch die Werkstätten der Hochschule, die viele Reparaturen und Umänderungen durchgeführt haben. Erfreulicherweise haben wir in dem Waldemar-Petersen-Haus in Hirschegg seit einigen Jahren ein sehr tüchtiges

Pächterehepaar, beide sind fachlich ausgebildet. Dieses Ehepaar ist von der Waldemar-Petersen-Stiftung fest angestellt und wird von dieser auch bezahlt. Es ist jedoch seitens des Präsidenten bei der Landesregierung beantragt worden, daß der Pächter wie in der Skihütte der Universität Frankfurt als Landesbediensteter geführt wird und damit auch vom Land Hessen bezahlt wird.

Das Kuratorium stellte sich auf den Standpunkt, daß die Pensionspreise weiterhin kostendeckend sein müssen. Wir haben deshalb den Beschluß gefaßt, die Pensionspreise wiederum etwas anzuheben, und zwar gestaffelt

DM 26,—

DM 23,—

oder DM 20,50 bei Gruppenaufenthalten.

Bei der jetzigen Ausstattung des Waldemar-Petersen-Hauses kann sich wirklich niemand über einen zu hohen Pensionspreis beschweren.

Das Waldemar-Petersen-Haus dient naturgemäß in der Hauptsache den Studenten dieser Hochschule zum Skilaufen. Das Haus ist aber auch in der übrigen Jahreszeit schon recht gut belegt durch Schulen, andere Vereinigungen und Einzelgäste bzw. Familien. In den Sommermonaten sind aber noch Plätze frei, und die Mitglieder unserer Vereinigung haben die Möglichkeit, von diesem günstigen Angebot Gebrauch zu machen. Wenn Sie näheres wissen wollen, wenden Sie sich bitte an Herrn Oberamtsrat Ripper, der zum Mitarbeiterstab von Herrn Präsident Böhme gehört.

Die zweite Veranstaltung, über die ich Ihnen berichten möchte, fand am 16. Oktober in Marburg bei den dortigen Behring-Werken statt. Es handelte sich um eine Tagung der Vorsitzenden der Fördergesellschaften der wissenschaftlichen Hochschulen des Bundesgebietes, zu der der Vorsitzende des Marburger Universitätsbundes, Herr Professor Winnacker, eingeladen hatte, der ja auch eng mit der Technischen Hochschule Darmstadt verbunden ist und Mitglied unseres Vorstandsrates ist. Unsere Vereinigung war auf dieser Tagung durch Herrn Professor Humbach und mich vertreten. Ich möchte noch erwähnen, daß auch die Direktoren bzw. Präsidenten aller wissenschaftlichen Hochschulen eingeladen waren. Herr Präsident Böhme konnte leider nicht teilnehmen.

Eine derartige Veranstaltung, die einen Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Förderergesellschaften zum Ziele hatte, fand erstmalig im Jahre 1966 ebenfalls in Marburg statt. Aus dem Bericht über diese Tagung geht hervor, daß schon damals ein solcher Erfahrungsaustausch außerordentlich begrüßt wurde. Herr Büchner hatte ein Referat über die Erfahrungen unserer Vereinigung hier an der Technischen Hochschule Darmstadt gehalten. Aus dem damaligen Beschluß, nach etwa zwei Jahren wieder zusammenzukommen, ist aber nichts geworden. Um so mehr wurde es von allen Teilnehmern begrüßt, daß nach einer Pause von 9 Jahren nunmehr wieder die Fäden geknüpft wurden.

Herr Professor Winnacker wies bei seiner Begrüßungsansprache darauf hin,

daß heute in der Bundesrepublik 54 Förderergesellschaften für wissenschaftliche Hochschulen bestehen. Der Kreis der Teilnehmer dieser Tagung war auch entsprechend hoch, so daß nur einige wenige Hochschulen die Möglichkeit hatten, aus dem Munde des Vertreters ihrer Förderergesellschaft und andererseits aus der Sicht des jeweiligen Rektors jeweils einen detaillierten Erfahrungsbericht zu geben.

Lassen Sie mich in konzentrierter Form das Wesentliche des Gesagten wiedergeben. Zunächst einmal wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß sich seit der letzten Zusammenkunft die Hochschullandschaft grundlegend verändert hat. Der Präsident der Rektorenkonferenz, Herr Professor Knopp, wies hin auf die Expansion der Studentenzahl innerhalb der letzten Jahre, auf die Umformung des Innengefüges der Hochschule (früher ein Dialog der Eliten, heute Massenausbildung mit dem Zwang zur Rationalisierung und mit Zwang, das Forschungspotential an den Hochschulen in Übereinstimmung mit der Massenausbildung zu bringen). Erschwert wird die Situation nach seiner Ansicht hauptsächlich dadurch, daß die in mehrerer Hinsicht notwendigen Umstellungsschwierigkeiten nun gerade in eine Phase der Rezession fallen. Die Politiker, die letzten Endes über die Mittel entscheiden, die an die Hochschulen fließen, orientierten sich allzusehr nach dem politischen Erfolg. Bei der Frage, ob die Hochschulforschung ein Luxus oder für uns alle lebensnotwendig ist, meinte Herr Professor Knopp, daß viele Politiker sich mehr für die erste Alternative, nämlich den Luxus entscheiden. Es ist nach seiner Ansicht in der öffentlichen Meinung eine erschreckende Feindseligkeit gegen die Hochschulforschung geschaffen worden, und es ist die Frage zu stellen, wie die Hochschulforschung überleben kann. Er sei sich darüber im klaren, daß in Anbetracht der großen Summen, die für die Hochschulforschung notwendig sind, die Hochschulförderergesellschaften bei einer Minderung des Interesses der Politiker, wie er sagte, keine Ersatzkuh darstellen könnten. Das Fördervolumen aller Förderergesellschaften beläuft sich auf etwa 10 Millionen Mark. Eine kleine Summe im Vergleich zu den 12,5 Milliarden, die die Hochschulen für Lehre und Forschung benötigen, aber eine respektable Summe in Anbetracht der Tatsache, daß diese Gelder sich aus vielen kleinen Einzelmitgliederbeiträgen innerhalb der Förderergesellschaften zusammensetzen. Bei rund 50 Förderergesellschaften liegt demnach der Durchschnitt der jährlichen Fördermittel bei rund 200 000,— Mark. Wir ersehen hieraus, daß wir hier in Darmstadt gerade beim guten Durchschnitt liegen.

Herr Professor Winnacker berichtete über die Tätigkeit des Marburger-Universitätsbundes, der um Marburg herum in den kleineren Orten Ortsgruppen gebildet hat, in denen durch die Abhaltung von Vorträgen laufend Kontakt mit den Mitgliedern des Universitätsbundes gehalten wird. Darüber hinaus veranstaltet der Universitätsbund ein sogenanntes Forum Philippinum, auf dem übergeordnete Themen (beispielsweise »Umwelt und Gesellschaft« oder »Computer und Gesellschaft«) behandelt werden. Wir wollen bei uns, wie wir in

einer Vorstandssitzung beschlossen haben, einen ähnlichen Weg gehen und unsere Jahresversammlung im kommenden Jahr in Form einer sich über den ganzen Tag erstreckenden Tagung durchführen, bei der wir ebenfalls ein übergeordnetes Thema von mehreren Seiten beleuchten wollen. Sobald das Thema genau definiert ist, werde ich mir erlauben, einige Mitglieder des Vorstandsrates um ihre aktive Unterstützung durch Referate zu bitten. Herr Präsident Böhme hat sich freundlicherweise bereit erklärt, dafür zu sorgen, daß auch einige Herren unserer Hochschule aus ihrer Sicht entsprechende Referate zur Verfügung stellen.

Herr Präsident Zingel von Marburg wies mit Recht darauf hin, daß die Förderergesellschaften nicht in der Lage sind, an den Universitäten grundlegende Veränderungen durchzuführen. Jede Förderergesellschaft soll ein guter Freund der Universität sein, aber nicht Parteigänger dieser oder jener Richtung. Diese Ansicht können wir wohl durchaus unterstützen, und ich habe schon mehrfach an dieser Stelle betont, daß es für uns Außenstehende schwierig, wenn nicht unmöglich ist, die inneren Vorgänge innerhalb dieser Hochschule zu beurteilen. Wir können lediglich versuchen, so objektiv wie möglich an den Stellen, an denen es uns notwendig erscheint, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu helfen und unseren Rat zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, daß von den Vertretern mehrerer Förderergesellschaften das Angebot gemacht wurde, die bei den Mitgliedern der Förderergesellschaften bestehenden Managementenerfahrungen ihrer jeweiligen Hochschule zur Verfügung zu stellen, um hier Verbesserungen im administrativen Bereich und im gesamten Arbeitsablauf, in der Zusammenarbeit der Institute usw. zu erzielen. Zweifellos gibt es im Hochschulbereich Managementprobleme. Die Beteiligung von Mitgliedergruppen an der Selbstverwaltung der Hochschulen, die früher nicht oder nur in beschränktem Umfang mitwirken konnten, hat die Organisationsstruktur der Hochschulen grundlegend geändert, vielfach allerdings auch, soweit dieses von außen zu beurteilen ist, offenbar auch den hochschulinternen Entscheidungsprozeß kompliziert und verlangsamt. Auch die Planungen im Hochschulbereich sind sicherlich vielerorts noch erheblich verbesserungsbedürftig. Allerdings sollte man nicht dazu verleitet werden zu glauben, daß man ohne weiteres die Managementmethoden der Wirtschaft auf den so völlig anders strukturierten Bereich einer Hochschule übertragen könne. Ratschläge der Vertreter der Wirtschaft an die Hochschule dürften wohl nur dann effektiv werden, wenn sich die betreffenden die Mühe machen, sich eingehend mit den hochschulspezifischen Gegebenheiten bekanntzumachen. Vielleicht sollten die Managementprobleme in der Wirtschaft einerseits und an der Hochschule andererseits einmal Gegenstand einer intensiven Aussprache zwischen unserer Vereinigung und Vertretern unserer Hochschule sein.

Ein weiteres Thema, das immer wieder in den Referaten zum Ausdruck kam, befaßte sich mit der Frage, wofür nun die Mittel zur Verfügung gestellt werden

sollten. Die meisten Förderergesellschaften sind den gleichen Weg gegangen wie wir, nämlich ihre Mittel hauptsächlich für die Unterstützung der Forschung an der betreffenden Hochschule einzusetzen, und zwar nicht zur Beschaffung großer Forschungseinrichtungen, sondern um mit verhältnismäßig kleinen Mitteln Ergänzungen an vorhandenen Forschungseinrichtungen durchzuführen und damit einen Multiplikationseffekt zu erreichen.

Es ist Ihnen ja aus der Tagespresse bekannt, daß unsere augenblickliche wirtschaftliche Situation dazu geführt hat, daß die staatlichen Mittel für die Forschung, insbesondere hinsichtlich der Sonderforschungsbereiche für die Forschung an den Hochschulen, gekürzt werden mußten. Prozentual gesehen sind diese Kürzungen zwar, bezogen auf das gesamte Budget der staatlichen Forschung, gering, können aber doch zu erheblichen Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit der Hochschulforschung führen.

In diesem Zusammenhang kam auch zur Sprache, wie das Verhältnis zwischen dem Stifterverband der deutschen Wissenschaft und den vielen Förderergesellschaften sich gestaltet hat. Der Generalsekretär des Stifterverbandes, Herr Risler, wies darauf hin, daß Stifterverband und Förderergesellschaften die gleichen Ziele haben und nun sich nicht etwa gegenseitig die Mittel abjagen sollten, die sie aus der Industrie beziehen.

Es besteht hier aber ein klarer Unterschied in der Zielsetzung. Der Stifterverband ist für die Finanzierung großer Forschungseinrichtungen zuständig, die Förderergesellschaften dagegen sollten, wie ich schon eben erwähnte, sich mehr damit befassen, vorhandene Forschungseinrichtungen zu ergänzen oder dort einzuspringen, wo schnell und unbürokratisch geholfen werden kann. Ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Institutionen besteht auch darin, daß der Stifterverband im Rahmen großer Forschungsprojekte Mittel vergibt, ohne die Verhältnisse an der betreffenden Hochschule oder an dem Institut näher zu kennen, während die Förderergesellschaften durchweg ihre Mittelvergabe in engem Kontakt mit der Hochschulverwaltung durchführt. Auch wir können uns in jeder Bewilligungssitzung auf den Rat von Herrn Präsident Böhme, auf den des Vizepräsidenten und der dem Vorstand angehörenden Professoren abstützen. Im übrigen ist ja der Vorstandsvorsitzende unserer Vereinigung ex officio Mitglied des Landesbeirates Hessen des Stifterverbandes.

Ein weiteres Thema, das mehrfach in den Referaten anklang, bezog sich auf das Ansehen unserer Universitäten in der Öffentlichkeit. Die Probleme der Lehre und Forschung an unseren Universitäten werden ja heute in der Tagespresse eingehend erörtert, ein Beweis dafür, wie stark das Interesse der Öffentlichkeit an den Geschehnissen innerhalb der Universitäten ist. Das Resultat dieser Berichte läßt sich dahingehend zusammenfassen, daß global gesehen das Ansehen der Universitäten in der Öffentlichkeit erheblich gelitten hat. Viele Förderergesellschaften sehen es deshalb auch als ihre Aufgabe an, durch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit zu den Vorwürfen über die

Zustände an der betreffenden Universität Stellung zu nehmen bzw. die Zustände näher zu analysieren. Es wurde gesagt, die Förderergesellschaften könnten die Universitäten zwar nicht reinwaschen, aber doch einen Rat erteilen, wo in der Universität etwas besser gemacht werden kann.

Nun, bezogen auf die Technische Hochschule Darmstadt ist zu sagen, daß ihr Bild in der Öffentlichkeit wohl keineswegs sehr lädiert ist. Im Gegenteil, man hat den Eindruck, daß sich hier doch die Verhältnisse einigermaßen stabilisiert haben, und daß die verschiedenen Gruppen sich zu einer einigermaßen ersprießlichen Zusammenarbeit zusammengefunden haben. Ob der bestehende Zustand nun eine sinnvolle Zuordnung von Sachwissen, Verantwortung und Entscheidungskompetenz darstellt, ist natürlich eine ganz andere Frage. Die Bezeichnung »Demokratisierung der Hochschulen« ist sicherlich eine nicht ganz angemessene Bezeichnung für ein Ordnungsprinzip, das auf der Vorstellung beruht, Wissenschaft könne sich uneingeschränkt nach dem Willen der parlamentarischen Demokratie organisieren, eine Vorstellung, der wohl die wenigsten von uns folgen können.

Meine Damen und Herren!

Damit möchte ich meinen Bericht über die Marburger Tagung der Förderergesellschaften und der Rektoren der wissenschaftlichen Hochschulen Deutschlands abschließen. Die Teilnehmer waren durchweg von dem Erfahrungsaustausch, der hier stattgefunden hat, sehr befriedigt. Der Grundtenor aller Ausführungen bestand darin, den wissenschaftlichen Hochschulen, die selbst am wenigsten die Schuld an der Misere einer falschen Bildungspolitik haben, nicht nur materiell zu helfen, sondern sie auch in ihrer Selbstdarstellung gegenüber der Öffentlichkeit zu unterstützen. Wir dürfen feststellen, daß wir uns mit den Vorstellungen von den Zielen und Aufgaben unserer Gesellschaft durchaus im Rahmen der übrigen Förderergesellschaften des Bundesgebietes befinden.

In meinen Reden an dieser Stelle habe ich in den letzten Jahren mehrfach betont, daß unsere Vereinigung sich bemühen sollte, in einen engeren Gedankenaustausch mit unserer Hochschule zu kommen. Für unsere Mitglieder stellte der vierte Rechenschaftsbericht des Präsidenten für den Zeitraum von Mitte 1974 bis Mitte 1975 ein ausgezeichnetes Mittel dar, die Situation an der hiesigen Hochschule zu überblicken und zu sehen, wo die wesentlichsten Probleme liegen. Für uns am interessantesten ist naturgemäß der Abschnitt des Berichtes, der sich mit den Fragen der Hochschulforschung befaßt, da deren Förderung ja eines unserer wichtigsten Anliegen ist. Der Bericht verweist auf eine Reihe von Anregungen, die der Wissenschaftsrat gegeben hat, um Konzepte zur Förderung der Forschung an den Hochschulen zu entwickeln, fachliche Schwerpunktsetzungen ähnlich wie bei der DFG zu betreiben, und Anträge auf Forschungsvorhaben gutachterlich zu überprüfen. Ich komme auf diesen Punkt anschließend noch einmal zurück.

Wir sind uns wohl alle mit Herrn Präsident Böhme darin einig, daß die Hochschule primär einen Ausbildungsauftrag zu erfüllen hat, was aber nur dann im befriedigenden Maße möglich ist, wenn die Hochschullehrer die Möglichkeit haben, selbst zu forschen und selbst an der Entwicklungsfront ihres Fachgebietes zu stehen, andernfalls wird der Lehrinhalt in jedem Fachgebiet viel zu schnell veralten. Die Hochschulforschung sollte aber nicht nur, wie in dem Bericht richtig steht, aus dem Ausbildungsauftrag abgeleitet werden, sondern auch weiterhin einen wesentlichen Beitrag für die gesamte technologische Innovation beisteuern.

Dies um so mehr als vielfach heute in vielen Bereichen der Technik ein hohes theoretisches Verständnis in der Forschung notwendig ist, und hierfür die Hochschulen sicherlich in erster Linie der richtige Ort sind.

Es ist allerdings festgestellt worden, daß die Hauptquelle für den industriellen Fortschritt sich in allen Industrieländern immer mehr von der Universitätsforschung zur industriellen Forschung hin verschiebt.

Eine Ursache für diese Erscheinung, die man bedauern mag oder nicht, sehe ich nicht nur in der Beschränkung der personellen und materiellen Mittel der Hochschulforschung, vielmehr auch darin, daß leider der Kontakt zwischen Hochschulforschung und dem Forschungs- und Entwicklungsgeschehen in der Industrie nicht so eng ist, wie er zum Segen beider Bereiche meines Ermessens sein müßte. Auch dieses ist ein Diskussionsgegenstand, dem wir uns einmal eingehender in unserem Gespräch mit der Hochschule widmen sollten, wenn gleich ja das Wissenschaftliche Symposium, das im März vergangenen Jahres an der hiesigen Hochschule stattfand, hierzu bereits einen wertvollen Beitrag geleistet hat.

Im dem Rechenschaftsbericht des Präsidenten wird die Frage aufgeworfen, warum Entwicklungsaufgaben eines Industrieunternehmens an der Hochschule absolviert werden müssen, und was dies für die Aufgaben der Universität, insbesondere für die Ausbildung, beitragen kann. Diese Frage auf seiten der Hochschule zu stellen, ist durchaus legitim, und ich möchte hierzu folgendes bemerken: Die Vergabe von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen seitens der Industrie an Hochschulinstitute birgt zweifellos gewisse Gefahren in sich. Bei starkem materiellen Anreiz könnte der Hochschullehrer dazu neigen, seine Lehrtätigkeit zu vernachlässigen, um sich zu stark der industriegebundenen Forschung zu widmen, andererseits sind hier aber auch eine Reihe von positiven Aspekten für eine solche Zusammenarbeit anzuführen. Meistens übernimmt das betreffende Industrieunternehmen die Gehaltskosten für die eingesetzten Institutsmitarbeiter, insbesondere wenn es sich um Doktoranden handelt. Der Erfolg eines Forschungsprojektes ist wesentlich abhängig von der Formulierung der Forschungsaufgabe. Im Bereich der technischen Wissenschaft darf man aber dem Industrieunternehmen zubilligen, daß es die gesamte technologische Situation seines Fachgebietes übersieht und infolgedessen auch die Forschungsaufgabe am besten so formulieren kann, daß am Ende dieser For-

schungstätigkeit wirklich ein technischer Fortschritt erreicht worden ist und nicht nur Abheftwissenschaft produziert worden ist. Zugleich erhalten die Mitarbeiter eines Hochschulinstitutes bei enger Zusammenarbeit mit einem Industrieunternehmen einen für sie sicherlich vorteilhaften Einblick in die Managementmethoden im Bereich industrieller Forschung und Entwicklung, sowohl was die Zeit- als auch die Kostenvorgabe und Überwachung betrifft.

Ich habe selbst als langjähriger Entwicklungschef eines Industrieunternehmens mit vielen Hochschulinstiuten in engem Kontakt gestanden, und, das möchte ich nicht leugnen, auch viele Enttäuschungen erlebt, weil an dem betreffenden Hochschulinstitut für die Kosten- und Zeitplanung eines Forschungsprojektes nicht immer das notwendige Verständnis vorzufinden war; aber diese Schwierigkeiten lassen sich überwinden, und ein gegenseitiger Lernprozeß kann für beide Seiten Vorteile bringen.

Dem Einwand, daß sich ein Hochschulinstitut allzusehr mit einem einzigen Industrieunternehmen liiert und materiell zu sehr abhängig wird, kann man – und damit komme ich auf eine Bemerkung von vorhin zurück – dadurch begegnen, daß man für einzelne Institute oder andere Organisationseinheiten der Hochschule Beiräte einsetzt, bestehend aus Fachleuten aus der Industrie, die dann einerseits gutachterlich sich betätigen, andererseits auch für eine Neutralität in den Beziehungen zu Industrieunternehmen sorgen. Solche Beiräte könnten also im Rahmen einer Hochschule eine ähnliche Funktion ausüben, wie der Ausschuß »Angewandte Forschung« in der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Ob man nun diesen Weg geht, oder einen anderen, jedenfalls möchte ich doch, und das ist ja der Sinn unseres Dialogs mit unserer Hochschule, den kritischen Bemerkungen von Herrn Präsident Böhme zu diesem Punkt eine optimistische Note entgegensetzen. Ich möchte aber das Kapitel »Beziehungen zwischen Hochschule und Industrie« nicht abschließen, ohne auf die Aktivitäten auf diesem Gebiet hinzuweisen.

In den letzten 12 Monaten fanden an der TH Darmstadt folgende Tagungen und Kongresse statt, durch die der Kontakt mit Wissenschaftlern und Praktikern außerhalb der TH angeregt und gefördert wurde, und die der Öffentlichkeit Informationen über hier geleistete Forschung vermittelten:

1. Anfang Oktober 1974 fand ein Aufbauseminar über Nutzen-Kosten-Analyse mit Fallstudien im Bereich des Wasserbaus statt, an dem Praktiker aus Wirtschaft und Verwaltung und Studenten des Wasserbaus teilnahmen. Leitung: Prof. Dr. Friedrich Bassler
2. Mit einem Wissenschaftlichen Kolloquium über Informatik-Anwendungen stellte sich am 3. und 4. Februar 1975 das Wissenschaftliche Zentrum für Angewandte Informatik der THD vor. Als Clearingstelle und Bindeglied zwischen Kerninformatikern und Anwendern bemüht sich das Wissenschaftliche Zentrum für Angewandte Informatik, verschiedene Forschungsgruppen für die hessischen Hochschulen einzurichten und Forschungsprojekte zu initiieren.

3. Vom 17. bis 19. Februar 1975 fand das 4. Darmstädter Kunststoff-Kolloquium statt, bei dem sich 550 Fachwissenschaftler aus dem In- und Ausland über neuere Forschungen und Entwicklungen auf dem Kunststoffgebiet informierten. Veranstaltet wurde die Tagung von der Forschungsgesellschaft Kunststoff e. V. und dem der THD verbundenen Deutschen Kunststoff-Institut.
4. Am 18. Mai 1975 fand ein Verkehrswissenschaftliches Kolloquium mit Wissenschaftlern und Experten aus freien Berufen und der Industrie über Grundsatfragen des öffentlichen Personen-Nahverkehrs unter Leitung von Prof. Dr. Hans-Georg Retzko statt.
5. Prof. Jörg Osterwalder organisierte am 23. Mai 1975 das 5. Treffen der Arbeitsgruppe für Aufwertungsfragen. Bei der Arbeitsgruppe handelt es sich um einen internationalen Zusammenschluß von Ingenieuren verschiedener Universitäten und Industrieunternehmen des Pumpen- und Turbinenbaus, der unter dem Namen »Darmstädter Kreis« bekannt geworden ist.
6. Vom 1. bis 4. September 1975 fand die »Fifth Research Conference on Subjective Probability, Utility and Decision Making« statt, eine internationale und interdisziplinäre Tagung, an der über 100 Psychologen, Ökonomen, Mathematiker sowie Wissenschaftler anderer Gebiete, in denen entscheidungstheoretische Ansätze entwickelt werden, teilnahmen. Die Organisation der Veranstaltung lag in den Händen von Prof. Dr. Helmut Jungermann.
7. Die 8. Internationale Genossenschaftswissenschaftliche Tagung der Arbeitsgemeinschaft Genossenschaftswissenschaftlicher Institute unter dem Thema »Genossenschaften und Konzentration« vom 9. bis 12. September 1975 wurde von Prof. Dr. Dietrich Schultz organisiert.
8. Vom 16. bis 18. September 1975 fand das »Forum für Datenverarbeitung in Wissenschaft und Verwaltung« statt, das von der IBM Deutschland in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftlichen Zentrum für Angewandte Informatik der THD veranstaltet wurde und von rund 800 Interessenten besucht wurde.
9. Die vom 30. September bis 3. Oktober 1975 veranstaltete Tagung der Kolloid-Gesellschaft, die in diesem Jahr 50 Jahre bestand, galt einer Standortbestimmung unter dem Thema »Kolloid-Chemie heute und morgen« und wurde von 100 Teilnehmern aus 12 Ländern besucht. Die Leitung hatte Prof. em. Dr. Hans Wolfgang Kohlschütter.
10. Am 10. Oktober 1975 fand das 1. Forschungsseminar über »Stand, Methodologie und Terminologie der Forschung und der Verfahrensentwicklung auf den Gebieten des Planens und Entwerfens im Bauwesen« unter der Leitung von Prof. Dr. Heinz Schwarz statt. Teilnehmer waren 30 Architekten und Bauingenieure aus Wissenschaft und Praxis. Eine zweite Veranstaltung ist demnächst vorgesehen.
11. Ein Kolloquium über Didaktik der Mathematik am 16. Oktober 1975 wurde gemeinsam vom Fachbereich Mathematik der THD und dem Ausschuß für Lehrerfortbildung veranstaltet.

Meine Damen und Herren!

Ich möchte damit meinen Bericht abschließen. Meine Ausführungen bezogen sich im wesentlichen auf Fragen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der hiesigen Hochschule aufgetreten sind. Ich möchte es mir dieses Mal versagen, die vielen Probleme zu streifen, die die heutige Hochschulpolitik allgemein betreffen, sei es die Frage des Hochschulzuganges (auf deren Misere Herr Präsident Böhme sicherlich noch eingehen wird), weiterhin die längst fällige Hochschulreform, die immer noch auf sich warten läßt, weiterhin die Frage der Regelstudienzeit und letztlich auch die Frage der Mitwirkung der einzelnen Gruppen an der Universität in Fragen der Forschung und Berufung. Vordringlich jedenfalls ist zunächst einmal sicherlich auf Grund des Spruches des Bayerischen Verfassungsgerichtes, den Hochschulzugang für das ganze Bundesgebiet neu zu ordnen, nachdem sich immer mehr die Erkenntnis durchsetzt, daß wir vor einer Überproduktion an Akademikern stehen, und beispielsweise in den nächsten Jahren dreimal mehr Physiker ausgebildet werden, als wir benötigen. Hier hat uns das Schlagwort von dem Bildungsnotstand und der Ruf nach der sogenannten Chancengleichheit auf dem Gebiet der Hochschulausbildung in eine Situation gebracht, deren Folgen wir noch lange spüren werden. Die miserable finanzielle Situation von Bund und Ländern hat immerhin bewirkt, daß die Dinge heute etwas nüchterner gesehen werden. Die gegenwärtige finanzielle Situation bedingt mehr denn je klare und vor allem auch in den Folgen übersehbare Überlegungen über eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen den Hochschulen des Landes Hessen, um falsche oder verfehlte Investitionsentscheidungen zu vermeiden. Vor der im Hessischen Kultusministerium geplanten voreiligen und in ihren Folgen nicht geprüften Einrichtung ingenieurwissenschaftlicher Fachgebiete an der Gesamthochschule Kassel muß gewarnt werden. Während an der THD mit vergleichsweise geringem Aufwand Ausbildungskapazität geschaffen werden kann, steht die Gesamthochschule Kassel bei dem Aufbau ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge vor einem völligen Neubeginn mit allen damit verbundenen Zeitverlusten bei gleichzeitig erheblich höherem Finanzbedarf. Als vollends verfehlt betrachtet werden muß die Absicht, an der Gesamthochschule Kassel Architekten, Stadtplaner usw. auszubilden, also Studiengänge einzuführen, die schon jetzt mit einem hohen Berufsrisiko belastet sind, anstatt sich auf die Ausbildung dringend benötigter Bauleiter, Baubetriebsfachleute usw. zu konzentrieren. Langfristig betrachtet muß auch die personelle Struktur an den Hochschulen überprüft werden. Ansätze hierzu sind erfreulicherweise schon vorhanden, und schließlich muß auch die Studienreform endlich tatkräftig in Angriff genommen werden. Auch hier könnte unsere Vereinigung, wenn nicht auf Bundesebene, so doch im Rahmen dieser Hochschule sicherlich mit seinen erfahrenen Mitgliedern aus der Industrie eine wertvolle Hilfe anbieten.

Meine Damen und Herren!

Aus meinen Ausführungen mögen Sie ersehen, daß der Vorstand unserer Vereinigung sich bemüht, in engem Kontakt mit maßgeblichen Persönlichkeiten dieser Hochschule die bestehenden Probleme zu erfassen und der Hochschule mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Wir wollen weiterhin gerne einen Beitrag dazu leisten, so wie die Ziele und Aufgaben unserer Vereinigung von Anbeginn gestellt worden sind.

Nachdem zu den mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Vorsitzenden keine Wortmeldungen erfolgten, bat Herr Dr. Toeller den Schatzmeister, Herrn Wenzel, zum nächsten Punkt der Tagesordnung

3. Erstattung der Jahresrechnung

das Wort zu nehmen.

Der Bericht des Schatzmeisters hatte folgenden Wortlaut:

Ich freue mich, Ihnen heute über das abgelaufene Geschäftsjahr, in das wir mit einigem Bangen hineingegangen sind, einen Bericht geben zu können, der nicht in allen Punkten düster ist.

Der zögernde Spendeneingang zwang uns zwar zu einer vorsichtigen Bewilligungspolitik; aus den uns zugegangenen Anträgen konnten wir bei Anlegen eines mit der Hochschule abgestimmten Maßstabes jedoch eine Vielzahl von Wünschen erfüllen. Ihr finanzielles Volumen beträgt 147 000,- DM. Dieser vergleichsweise Rückgang zum Vorjahr — es waren im Jahr 1973/74 195 000,- DM — paßt mit dem Rückgang der Einnahmen zusammen.

Nachdem wir im vorangegangenen Vereinsjahr bereits einen drastischen Rückgang auf 303 000,- DM zu beklagen hatten, sanken unsere Einnahmen im abgelaufenen Jahr auf 292 000,- DM. Hierzu trug nochmals ein spürbarer Rückgang der freien Spenden bei, die sich von 93 000,- DM im Vereinsjahr 1973/74 auf 79 000,- DM verminderten. Auch die Mitgliedsbeiträge, die seither nur in geringem Maße schwankten, verminderten sich von 91 000,- DM auf 86 000,- DM, obwohl die Zahl der Mitglieder von 1488 am 31. 3. 1974 wieder auf 1502 am 31. 3. 1975 gestiegen ist. Alleine bei den Vermögenserträgen läßt sich noch ein Zuwachs von 119 000,- DM im vorangegangenen Vereinsjahr auf 127 000,- DM im Berichtsjahr feststellen. Diese Entwicklung wird sich nicht fortsetzen, da das Zinsniveau auf dem Kapitalmarkt wieder niedriger geworden ist.

Nachfolgend die frei verfügbaren Einnahmen nochmals in einer zusammenfassenden Darstellung:

	1974/75	1973/74
Beiträge	86 000,— DM	91 000,— DM
Freie Spenden	79 000,— DM	93 000,— DM
	<u>165 000,— DM</u>	<u>184 000,— DM</u>
Vermögenserträge	127 000,— DM	119 000,— DM
	<u>292 000,— DM</u>	<u>303 000,— DM</u>

Nach dem Überblick über die Einnahmen nun ein Blick auf die Ausgabenseite. — Die Ausgaben haben sich von 218 000,— DM auf 233 000,— DM im abgelaufenen Berichtsjahr erhöht. Diese Zahl bedarf einer Erklärung: Den Hauptposten der Ausgaben bilden die Auszahlungen auf Grund von ausgesprochenen Bewilligungen. Dieser Posten ist von 165 000,— auf 206 000,— DM angestiegen, was jedoch allein darauf zurückzuführen ist, daß im vorangegangenen Jahr nicht alle ausgesprochenen Bewilligungen abgerufen wurden und sich somit ein Überhang ergab, der im neuen Jahr abgewickelt wurde. Es entsteht somit rein optisch ein Bild gestiegener Ausgaben, obwohl das Bewilligungsvolumen selbst im Berichtsjahr niedriger war. Andererseits können wir bei den Verwaltungskosten einen Rückgang von 47 000,— DM auf 18 000,— DM feststellen. Dieser Rückgang wurde ermöglicht, da die Firma Merck, der an dieser Stelle sehr herzlich gedankt sei, die Personalkosten der Verwaltung übernommen hat. Insgesamt ergibt sich für die Ausgaben folgendes Bild:

	1974/75	1973/74
Verwaltungskosten	18 000,— DM	47 000,— DM
Veranstaltungen	9 000,— DM	6 000,— DM
Auszahlungen von Bewilligungen	206 000,— DM	165 000,— DM
Ausgaben gesamt	<u>233 000,— DM</u>	<u>218 000,— DM</u>

Ich freue mich, daß ich in meinem Bericht nicht von einer allgemeinen Unlust, Spenden zu geben, reden muß. Wie ich schon dargelegt habe, sind die frei verfügbaren Spenden zwar zurückgegangen; wir haben jedoch einen Zuwachs bei den zweckgebundenen Spenden. Auf diesem Gebiet vereinnahmte die Vereinigung zu treuhänderischer Verwaltung und Weiterleitung 266 000,— DM, das sind 14 000,— DM mehr als im Vorjahr. Davon wurden im Berichtsjahr 143 000,— DM (Vorjahr 213 000,— DM) bereits abgerufen.

Dem Punga-Nachlaß flossen Vermögenserträge in Höhe von 22 000,— DM zu. Zusammenfassend kann ich Ihnen somit berichten, daß der Vereinigung insgesamt Mittel in Höhe von 580 000,— DM zugeflossen sind und davon Ausgaben in Höhe von 376 000,— DM bestritten wurden.

Der Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben hat dazu geführt, daß das Vermögen der Vereinigung zunächst gestiegen ist, was jedoch zum großen Teil damit zusammenhängt, daß sich bei den zweckgebundenen Spenden ein

Überhang der Zugänge über die abgerufenen Beträge gebildet hat, der sich nach aller Erfahrung kurzfristig wieder abbaut. Das Bruttovermögen, also das eigene Vermögen der Vereinigung sowie die treuhänderisch verwalteten Vermögenswerte, hat sich von 2 048 000,— DM im Vereinsjahr 1973/74 auf 2 358 000,— DM im Berichtsjahr erhöht. In dieser Summe sind 707 000,— DM an empfängerbestimmten Spenden (im Vorjahr 585 000,— DM) sowie die treuhänderisch verwalteten Mittel der Punga-Stiftung in Höhe von 361 000,— DM (310 000,— DM) enthalten.

Das Nettovermögen der Vereinigung, also die Mittel, über die wir frei verfügen können, beläuft sich auf 1 227 000,— DM nach 1 028 000,— DM im Vorjahr. Der Ihnen vorgetragene Jahresabschluß wurde von der Zentralabteilung interne Revision der Brown, Boveri & Cie. Aktiengesellschaft geprüft und mit einem uneingeschränkten Prüfungsvermerk versehen. Auch dieser Firma sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Im laufenden Vereinsjahr werden wir uns wieder um eine solide Haushaltsführung bemühen, ohne dabei unser Ziel, der Förderung der Wissenschaft zu dienen, aus dem Auge zu verlieren. Hierzu bitten wir um Ihre großzügige Unterstützung.

Zum Abschluß meines Berichtes möchte ich der Mitarbeiterin der Vereinigung, Frau Schober, sowie dem Geschäftsführer, Herrn Dr. v. Werder, unseren herzlichen Dank für die im abgelaufenen Vereinsjahr geleistete Arbeit aussprechen.

Der Vorsitzende dankte dem Schatzmeister für seinen von der Versammlung mit reichem Beifall bedachten Bericht sowie für seine mühe- und verantwortungsvolle Arbeit während des ganzen Jahres. Eine Diskussion über die Jahresrechnung wurde von der Versammlung nicht gewünscht.

Zum 4. Punkt der Tagesordnung verlas Herr Bankdirektor Joachim Schwarzkopf den

Bericht der Rechnungsprüfer

Er lautet: »Wir, die Unterzeichner Joachim Schwarzkopf und Klaus Zapf, haben gemäß dem uns auf der letzten Hauptversammlung der Vereinigung erteilten Auftrag die Jahresrechnung der Vereinigung aufgrund der vorhandenen Rechnungsunterlagen geprüft.

Unsere Prüfungsmethode haben wir unverändert aus dem Vorjahr übernommen; im einzelnen haben wir

- auf zahlenmäßige Prüfungen im Hinblick auf die beanstandungsfreie Abschlußprüfung durch die Revisionsabteilung der Fa. Brown, Boveri & Cie AG völlig verzichtet,
- die satzungsgemäße Bewilligung der Mittel und deren Verausgabung durch die Lehrstühle und die Institute stichprobenweise untersucht und
- die buchungsmäßige Abwicklung einzelner Geschäftsvorfälle überprüft.

Es haben sich keinerlei Beanstandungen ergeben.

Herrn Dr. Wenzel und Herrn Dr. von Werder sowie Frau Schober danken wir herzlich für die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit.«

Nachdem Wortmeldungen zu diesem mit Beifall aufgenommenen Bericht nicht erfolgten, stellte Herr Schwarzkopf den Antrag auf Entlastung des geschäftsführenden Vorstands, der unter Stimmenenthaltung der Betroffenen einstimmig angenommen wurde.

Der Vorsitzende dankte den Rechnungsprüfern für die geleistete Arbeit und der Versammlung für das durch die Entlastung bewiesene Vertrauen.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung

5. Wahlen zu Vorstand und Vorstandsrat

übernahm der Ehrenpräsident, Herr Senator Büchner, die Leitung der Versammlung, da der Vorsitzende der Vereinigung selbst für eine Wiederwahl kandidiert.

Zum Wahlvorgang verwies Herr Büchner auf die allen Mitgliedern vorliegenden Stimmzettel und die darauf vermerkten Anweisungen. Danach haben sich bei diesen geheimen Wahlen die Mitglieder für eine der drei Alternativen

mit Vorschlag vorbehaltlos einverstanden

mit Vorschlag mit Änderung einverstanden

mit Vorschlag nicht einverstanden

zu entscheiden. sie können aber auch einzelne Personen im Wahlvorschlag streichen und neue Namen hinzufügen.

Für eine Wiederwahl in den Vorstand stehen die der Versammlung hinreichend bekannten Herren Dr. Toeller, Dr. Wenzel und Professor Schnörr an. Im Falle ihrer Wahl behalten die beiden Erstgenannten ihre Ämter und damit die gesetzliche Vertretung der Vereinigung bei.

Infolge der Abwanderung von Herrn Professor Schultz, dessen große Verdienste um Vorstand und Vereinigung der Ehrenpräsident rühmend hervorhob, nach Saarbrücken ist eine Neuwahl zum Vorstand notwendig geworden, für die Herr Professor Dr. rer. nat. Gerhard Habermehl von der Technischen Hochschule Darmstadt vorgeschlagen wird.

Für eine Wiederwahl in den Vorstandsrat haben sich dankenswerterweise eine Reihe von Herren zur Verfügung gestellt. Herr Professor Dr.-Ing. S. Keller bat darum, seinen Namen aus der Vorschlagsliste in den Vorstandsrat zu streichen. Für eine Neuwahl in den Vorstandsrat können erfreulicherweise vier Herren präsentiert werden, die in wichtigen Unternehmen der Region führende Stellungen einnehmen.

Der Senat der THD hat in seiner Sitzung vom 31. 10. 1975 beschlossen, die Herren

Professor Dr. Elschner	(für die Fachbereiche 4, 5 und 6)
Professor Dr. Fesel	(für den Fachbereich 15)
Professor Dr. Fetting	(für die Fachbereiche 7, 8, 9, 10 und 11)
Professor Dr. Oppelt	(für die Fachbereiche 17, 18 und 19)

in den Vorstandsrat zu delegieren, wobei es sich in allen Fällen um eine Wiederwahl handelt. An den Wahlen zu Vorstand und Vorstandsrat beteiligten sich jeweils 55 stimmberechtigte Mitglieder. Nachdem die Stimmzettel eingesammelt waren, gab Ehrenpräsident Büchner die Leitung der Versammlung an Herrn Dr. Toeller zurück, der nach Auszählung das Wahlergebnis bekanntgab: Sowohl bei den Wahlen zum Vorstand als auch bei den Wahlen zum Vorstandsrat waren von 55 abgegebenen Stimmen 54 mit dem Vorschlag vorbehaltlos einverstanden und 1 Stimme mit Vorschlag mit Änderung einverstanden. Damit waren alle Wahlvorschläge angenommen.

In den Vorstand wurden wiedergewählt:

Ehrensator Dr.-Ing. Heinrich Toeller, 624 Königstein, Kuckucksweg 3
 Dr. rer. nat. Franz Wenzel, Geschäftsführer der Firma Röhm GmbH,
 Darmstadt, Zeyherweg 5
 Professor Dr.-Ing. Robert Schnörr, Vorstandsmitglied der Firma Brown,
 Boveri & Cie. AG, Mannheim 1

In den Vorstand wurde neu gewählt:

Professor Dr. rer. nat. Gerhard Habermehl, Darmstadt, Technische
 Hochschule

In den Vorstandsrat wurden wiedergewählt:

Dr.-Ing. Hans Gerhard Birkle, Lindau, Seeheim 10
 Dipl.-Ing. Ott-Heinrich Blaum, Darmstadt, Karlstraße 64
 Konsul Wilfried Braun, Vorsitzender des Vorstandes der Firma
 Hartmann & Braun AG, Frankfurt am Main 90
 Dipl.-Ing. Wilhelm Dyckerhoff, Mitglied des Vorstandes der Firma
 Dyckerhoff-Zementwerke AG, Wiesbaden-Biebrich
 Ehrensator Dipl.-Ing. Hans Fritz Fischer, Mitglied des Vorstandes der
 Firma E. Holtzmann & Cie. AG, Weisenbachfabrik
 Direktor Dipl.-Ing. Theodor Henne, Geschäftsführer der Firma
 RESOPAL Werk H. Römmler GmbH, Groß-Umstadt
 Ehrensator Dr. rer. pol. Hans Messer, Geschäftsführer der Firma
 Messer Griesheim GmbH, Frankfurt am Main
 Dr.-Ing. Direktor i. R. Fritz Meyercordt, Düsseldorf Klopstockstraße 6
 Dr.-Ing. Karlheinz Nothnagel, Griesheim b. Darmstadt,
 Georg-Büchner-Straße 27

Heinz Osterwind, stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main, Junghofstraße 5-11
Dipl.-Ing. Udo Passavant, Geschäftsführer der Firma Passavant-Werke, Michelbacherhütte
Dipl.-Ing. Rolf Prange, Architekt BDA, Darmstadt, Novalisstraße 7
Dipl.-Kfm. Manfred G. Schneider-Rothhaar, Geschäftsführender Gesellschafter des Bankhauses Hardy & Co. GmbH, Frankfurt am Main-Berlin, Darmstadt, Dieburger Straße 146
Direktor Dr. Kurt Werner, Vorsitzender der Geschäftsführung der Firma Maschinenfabrik Goebel GmbH, Darmstadt, Lossenweg 20

In den Vorstandsrat wurden neu gewählt:

Dr. Holger Andreas, Leiter der Forschung und Entwicklung der Firma CIBA GEIGY Marienberg GmbH, Bensheim
Dr.-Ing. Werner Haas, Leiter der Motorenentwicklung und Erprobung der Firma Adam Opel AG, Rüsselsheim
Dr.-Ing. Wilfried Krabbe, Vorstandsmitglied der Firma Philipp Holzmann AG, Frankfurt am Main
Dr. Jürgen Schaafhausen, Mitglied des Vorstandes der Firma Farbwerke Hoechst AG, Frankfurt am Main-Höchst

Zu Rechnungsprüfern für das Vereinsjahr 1975/76 wurden die Herren Bankdirektoren Joachim Schwarzkopf und Klaus Zapf, die sich dankenswerterweise weiterhin für dieses Amt zur Verfügung stellen, einstimmig gewählt.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung

Bericht des Präsidenten der Technischen Hochschule

führte Herr Professor Dr. Helmut Böhme folgendes aus:

Hochverehrte Herren Ehrensenatoren,
meine Damen und Herren

Mit Freude kann ich den Beginn einer Tradition konstatieren: Die Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule Darmstadt hält auch 1975 ihre Jahreshauptversammlung in den Räumen der THD ab, und zwar in jenem Teil, der den naturwissenschaftlichen Fachbereichen zur Verfügung steht, die sich mit der Erforschung und Erhaltung unserer natürlichen Umwelt befassen und die auch den Festvortrag des heutigen Tages bestreiten. Ich würde es begrüßen, wenn Sie auf diese Weise in jedem Jahr einen anderen Sektor unserer Hochschule wissenschaftlich und räumlich kennenlernen würden, denn ich bin überzeugt, daß diese Art der direkten Information »vor Ort« geeignet ist, die Verbindung zwischen der Vereinigung von Freunden der

Technischen Hochschule Darmstadt und der Hochschule selbst zu festigen und zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses beizutragen. Ich begrüße Sie anlässlich Ihrer diesjährigen Hauptversammlung herzlich namens der Technischen Hochschule Darmstadt und hoffe, daß die heutige Veranstaltung wieder wie in den vergangenen Jahren zu einem fruchtbaren und für beide Seiten ertragreichen Gedankenaustausch zwischen Ihrer Vereinigung und Mitgliedern unserer Hochschule führen wird.

Die Technische Hochschule Darmstadt schuldet der Ernst-Ludwigs-Hochschulgesellschaft auch in diesem Jahre Dank für die geleistete Unterstützung und Hilfe und das ihr entgegengebrachte Interesse und Wohlwollen. Ihre Zuwendungen haben die Weiterführung oder den Abschluß von Forschungsprojekten ermöglicht, speziell auf jenen Gebieten, wo relativ bescheidene Mittel eine große Hilfe bedeuten, da auch in der Forschung aufwendige Großprojekte die Quellen öffentlicher Finanzierung leichter erschließen als die nicht minder wichtigen Vorhaben mit bescheidenen Ansprüchen. Ihre Zuwendungen haben darüber hinaus zur Beseitigung akuter Engpässe in der Forschung beigetragen. Wir wissen Ihre Unterstützung um so mehr zu würdigen, als wir uns darüber im klaren sind, daß die durch die weltweite wirtschaftliche Krise des vergangenen Jahres verschlechterte Ertragslage der Unternehmen eine Vereinigung nicht unberührt lassen kann, die vom freiwilligen Spendenaufkommen ihrer Mitglieder lebt. Ich kann deshalb nur noch einmal betonen, daß die Mittel, die Sie für die Förderung wissenschaftlicher Forschung zur Verfügung stellen, auch Investitionen in die Zukunft sind, von denen der Rang und die Bedeutung unserer Wirtschaft innerhalb der europäischen Industriegesellschaft abhängen werden.

Allerdings sehe ich in Zukunft die notgedrungene Veränderung der Kriterien der Mittelvergabe voraus. Die Hochschule wird zunehmend Schwierigkeiten bekommen, weil vornehmlich das Bauvolumen, also die Neubauten, die für uns die Grundlage der seitherigen Überwindung von Schwierigkeiten gewesen sind, eine radikale Kürzung erfahren hat. Damit sind uns auch andere Möglichkeiten beschnitten, die mit der Erhaltung der Ausstattung unserer Hochschule zusammenhängen. Ich vermute, daß als Folge davon in verstärktem Maße Bitten um Unterstützung an Sie herangetragen werden für Ausgaben, die ich ganz salopp mit dem Wort »Reparaturen« umschreiben möchte. Die Anschaffung von Ersatzteilen oder kleinere Ergänzungen vorhandener Geräte werden dementsprechend immer mehr den Vorrang erhalten, um die gerätemäßige Ausstattung unserer Hochschule zu erhalten und damit, gleichsam indirekt, die Weiterführung von Forschungsprojekten zu ermöglichen. Gleichzeitig – vielleicht darf ich das auf Grund Ihrer vorherigen Diskussion sagen – wird es wahrscheinlich auch leichter sein, den Kreis der Betroffenen, das heißt derer, die Sie unterstützen möchten, zu erfassen, weil wir durch die Novellierung des Universitätsgesetzes besser in die Lage versetzt sind, den Hochschullehrer zu definieren. Darmstadt hat vor vier Jahren ein Privileg erhalten,

das sich aber eher als Danaer-Geschenk ausgewirkt hat, nämlich alle Assistenten, weil sie nicht in die Personalstruktur der Universitäten paßten, zu Hochschullehrern zu machen. Damit wurde der Begriff Hochschullehrer verwischt, und Sie sagen vollkommen zu Recht, daß Hochschullehrer nicht gleich Hochschullehrer ist. Wir haben jetzt bis auf gewisse Randbereiche, ich glaube im Unterschied zu den Universitäten, wieder die Chance erhalten, auf Grund einer neuen Personalstruktur und einer nochmaligen Überprüfung der 1970/71 getroffenen Entscheidungen den Hochschullehrer definieren zu können. Das heißt allerdings noch lange nicht, daß damit Unterschiedlichkeiten, die vor vier Jahren in die Personalstruktur hineingetragen worden sind, überwunden wären, ich komme darauf noch zu reden.

Sie haben mir als dem Repräsentanten und verantwortlichen Sprecher der Hochschule im zurückliegenden Jahr Vertrauen entgegengebracht; ich möchte Ihnen dafür Dank sagen. Ich hoffe, daß es mir auch in Zukunft möglich sein wird, diesem Vertrauen so zu entsprechen, daß die gemeinsame Arbeit so weitergeführt werden kann wie bisher. Ich hoffe auch, und das ist mein dringender Wunsch, daß die Vereinigung von Freunden begreift, daß die Hochschule in ihrer Organisation als Gesamtheit repräsentiert werden sollte. Nicht nur einzelne oder gruppenbedingte Repräsentationen sollten den Kontakt prägen — es besteht möglicherweise die Gefahr, daß die Vereinigung von Freunden der TH zu einer Vereinigung von Freunden von Professoren dieser Hochschule wird, und ich glaube, das könnte eventuell in Zukunft problematisch werden.

Gerade eine Zeit finanzieller Anspannungen, von der nahezu alle öffentlichen und privaten Institutionen betroffen sind, sollte uns zu besonderen Anstrengungen herausfordern, zur Besinnung auf die Grundlagen unserer Arbeit, zur Bestimmung dessen, was wir überhaupt an Reformen tun müssen und tun können. Bei diesen Bemühungen um eine an den Anforderungen der Gegenwart orientierte Ausbildung, die nicht nur die theoretische Basis vermittelt, sondern auch den Praxisbezug einbeziehen muß und dazu befähigen sollte, die zukünftigen Entwicklungen mitzuvollziehen und ihre Folgen in die eigene Arbeit einzukalkulieren, ist die Summe der Erfahrung, die durch Ihre Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule repräsentiert wird, für uns eine notwendige und hilfreiche Ergänzung. Ich bitte Sie deshalb wiederum, uns Ihren Rat und Ihre Unterstützung nicht zu versagen, und ich bin Ihnen dankbar, daß Sie mir Gelegenheit geben, Ihnen von unseren aktuellen Problemen und Schwierigkeiten, aber auch, wenn man so will, von Leistungen und auch kleinen Erfolgen zu berichten.

Die Situation in den Hochschulen der Bundesrepublik hat sich in den letzten zwei bis drei Jahren grundlegend verändert. Meine letzten Berichte haben dies schrittweise illustriert. Und wenn auch die breite Öffentlichkeit diese Wandlung bisher kaum zur Kenntnis genommen hat, so ist dieses Bewußtsein in den Hochschulen doch schon, wenigstens in größeren Teilen, vorhanden.

In weiten Kreisen der Bevölkerung dagegen herrscht immer noch die Meinung vor, die Hochschulen seien als Nachwirkung des studentischen Aufbegehrens in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre die Unruheherde und Störenfriede der Gesellschaft.

An diesem Negativbild von den Deutschen Universitäten, dem vor allem viele Mitbürger zuneigen, die in keinen direkten Kontakt zu den Hochschulen stehen, sind die meinungsbildenden Medien nicht unschuldig, die dem oft kleinen Kreis radikaler Gruppen an den Hochschulen stets eine sehr breite Publizität eingeräumt haben. Das erheblich schwierigere Feld der Wissenschaftsberichterstattung wird dagegen von der Deutschen Presse trotz der Bemühungen der Hochschulen um eine Öffnung nach außen und vielversprechenden Ansätzen populärer Forschungsberichterstattung, wie sie etwa die Deutsche Forschungsgemeinschaft betreibt, weitgehend vernachlässigt. Zwar sind die Nachrichten über Störungen und Gewaltakte an den Hochschulen seltener geworden und beschränken sich auf wenige besonders konfliktreiche Universitäten, doch haben sich die Hochschulen in der veröffentlichten Meinung in anderer Weise jüngst zum »Buhmann der Nation« entwickelt. Ich möchte damit nicht irgendwelche Probleme verniedlichen, die wir an den Hochschulen haben, aber ich fordere eine faire Beurteilung der Probleme, mit denen wir uns auseinandersetzen gezwungen sind, die von uns selbst aber in den letzten Jahren nicht heraufbeschworen wurden. Bildungspolitik, einst von der sozial-liberalen Koalition mit hoher Priorität versehen, ist den zum Teil vorgegebenen wirtschaftlichen Zwängen zum Opfer gefallen. Die Etats der Bundesministerien für Bildung und Wissenschaft, Forschung und Technologie mußten im Zuge der Sparmaßnahmen der Bundesrepublik überproportionale Abstriche hinnehmen. Den Kultusministern der Länder erging es ähnlich. Und den Hochschulen wird neuerdings vorgeworfen, sie verteidigten mit Zähnen und Klauen in der gegenwärtigen Krisensituation unhaltbare und ungerechtfertigte Besitzstände, indem sie sich der Masse andrängender Studierwilliger verschließen und ihre personellen, räumlichen und finanziellen Kapazitäten nicht in der notwendigen und möglichst vollständigen Weise ausschöpfen. Dieser Meinung hat der kürzlich veröffentlichte »Spiegel«-Report über die deutschen Hochschulen besonders deutlich Ausdruck verliehen. Bei näherem Hinsehen beschränken sich die dort aufgeführten Mißstände jedoch fast ausschließlich auf die medizinischen Bereiche und wenige angrenzende Numerus-clausus-Fächer wie Pharmazie und Chemie, wobei die Tatsache, daß der Numerus clausus für Chemie überflüssig ist und durch ein verbessertes Studienplatzverteilungssystem abgelöst werden könnte, unter Fachleuten unbestritten ist. Mein Rechenschaftsbericht weist darauf hin, daß auch wir hier in Darmstadt freie Studienplätze in der Chemie haben, und er weist weiter darauf hin, daß eigentlich ein Numerus clausus bei der ganz überwiegenden Zahl von Fächern in der Bundesrepublik nicht gegeben sein müßte. Ich sage es mit vollem Bewußtsein: es ist ein Ärgernis mit ansehen zu müssen, daß

in der Numerus-clausus-Debatte, in den Staatsverträgen und Verordnungen zu dieser Frage System und Tradition der deutschen Hochschulen kaputtgemacht wird, obwohl kein begründeter Anlaß dazu besteht. Die Medizin ist kein Problem der Ausstattung, sondern ein Problem des Standesbewußtseins der Mediziner.

Die Debatte hat aber auch noch weitere Folgen:

Die Schwierigkeiten der Hochschulen und damit auch ihr ungünstiges Bild in der Öffentlichkeit sind auf das inzwischen von allen Beteiligten als unzulänglich erkannte Eingangssystem zu den Hochschulen mit zurückzuführen. Man ist sich einig darüber, daß dieses System geändert und verbessert werden muß (dazu zwingt schon das Numerus-clausus-Urteil des Bundesverfassungsgerichts und die Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichts) und daß dieses System ungerecht ist und der Forderung nach Chancengleichheit widerspricht; nur über das Wie herrscht keine Übereinstimmung. Der bis in die unteren Klassen der höheren Schulen ausstrahlende Kampf um die Erlangung möglichst guter Abitur-Durchschnittsnoten setzt sich auf anderer Ebene an den Universitäten auf Grund der verschlechterten Arbeitsmarktlage mit all seinen negativen Auswirkungen fort: Zunehmend klagen Hochschul-lehrer unserer TH über die mangelnde Bereitschaft der Studierenden zu kritischer, selbständiger Durchdringung des wissenschaftlichen Stoffes. Die noch immer steigenden Studentenzahlen stellen die Hochschulen bei einem schrumpfenden Finanzvolumen und personellen Einsparungen vor eine schwere Belastungsprobe. Wir gehen ja erst dem eigentlichen Höhepunkt der Studentenwelle entgegen. Ab dem Jahr 1976 wird die Situation kritischer werden. Sie werden eine Vielzahl der Probleme und Aktivitäten finden, die wir glaubten überwunden zu haben. 1977 wird, so vermute ich, eine Situation aufkommen, der gegenüber wir vermutlich die Ereignisse von 1968/69 als Kinderspiel betrachten können. 1978 werden wir, folgt man dieser Betrachtung, den ersten Höhepunkt der Krise haben: Einmal werden dann die ersten starken Jahrgänge ihre Ausbildung beenden, ohne die Gewähr zu haben, eine ihrem Studium gemäße Stellung zu finden – ein Problem, das sich in gewissen Bereichen jetzt schon andeutet und wo heute bereits – im übrigen verfassungswidrige – Bedarfslenkung betrieben wird. Es wird sich dann herausstellen, auf welchen Gebieten Fehlinvestitionen getätigt wurden. Zu diesem Problem der Abgänger kommt das Problem der Anfänger, da 1978 die stärksten Nachkriegsjahrgänge zur Universität drängen werden. Gleichzeitig werden die Hochschulen abgemagert. Ich glaube nicht, daß diese Situation politisch 1977/78 durchgetragen werden kann. Wie die Lösungen aussehen werden, erkennen Sie aus den kurzen Mitteilungen der Kultusministerkonferenz, man wird planen, kurzfristig, ohne Konzept. Die Lehrbelastung der Hochschullehrer wird erhöht werden auf 18, 24 usw. Stunden und gleichzeitig wird der Haushalt eingeschränkt. Auf die Folgen komme ich noch zu sprechen.

Bei der derzeitigen Diskussion um die eventuell unausgenutzten Kapazitäten wird das bisher Erreichte auf dem Gebiet der Studienreform – wie z. B. praxisnahe Arbeit in kleineren Gruppen, Verflechtung von Forschung und Lehre, was Tradition ist, es ist nicht eigentlich das Erreichte, sondern das konstitutive Element unserer Arbeit – von den Politikern entweder stillschweigend übergangen oder expressis verbis aufgegeben. Das überholt geglaubte Ideal der frontalen Wissensvermittlung durch die Vorlesung dämmert wieder herauf, und zwar die einzige Form, wie Hochschullehrer vermittelt werden soll. Die Belastung der Hochschullehrer, als Staatsbeamte gängelbar, scheint offenbar jetzt wieder die einzige Lösung zu sein, wobei gleichzeitig festzustellen ist, daß in keinem Parlament dieser Bundesrepublik, sei es auf Bundes- oder auf Landesebene, Bildungspolitiker sitzen, die von den eigentlichen Problemen der Universitäten auch nur eine Ahnung haben. In Verbindung mit der Kapazitätsfrage sind die Pannen bei der Verteilung der vorhandenen Studienplätze zu sehen, die in jedem Semester zu erheblicher Ratlosigkeit unter den Betroffenen führen. Ich möchte Ihnen wenige Beispiele aus diesem Zugangsärgernis für Darmstadt geben. Der erste Akt ist schon außerordentlich schwierig: Die 128 Seiten starke Informationsschrift, die der Studienplatzbewerber für das korrekte Ausfüllen seines Antrags studieren muß, ist für Nichtjuristen kaum verständlich und nach Auskunft eines Mitarbeiters der Zentralen Vergabestelle für Studienplätze in Dortmund, kurz ZVS genannt, primär für die Richter beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen formuliert. Das Ausfüllen der umfangreichen Antragsformulare wird dadurch – nach den Worten des Nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministers Rau – »zu einer Art Sonderabitur«. Die Bewerber um einen Studienplatz müssen auch weitgehend auf eine dringend notwendige Beratung verzichten. Die Schicksale, die hier bei uns durchlaufen, sind z. T. erschütternd gewesen. Z. T. sind Zuteilungsbescheide als Ablehnungsbescheide ausgedruckt worden. Es sind einige katastrophale Dinge passiert. Nach Abschluß des Zulassungsverfahrens am 9. Oktober, vier Tage vor Vorlesungsbeginn, hat diese Hochschule noch 743 freie Studienplätze gehabt. Nach Abschluß des zweiten Nachrückverfahrens, also Ende November, wo wir beinahe die Hälfte des Wintersemesters schon hinter uns haben, hat die Hochschule noch 336 freie Plätze, weil sie selber diese Plätze nicht zuordnen darf. Und jetzt erst haben wir die Möglichkeit, mit Hilfe eines Losverfahrens nahezu alle aufzunehmen, die in diese Hochschule wollen, nur ist dieses Studiensemester für die, die erst kurz vor Heiligabend kommen, ganz gewiß passé, denn wenn man gerade die Anfängerstudien innerhalb von anderthalb Monaten mit Leichtigkeit aufholen könnte, dann müßte ich fragen, was die Kollegen eigentlich drei Monate vorher getrieben haben. Allmählich sind wir gezwungen, ein Doppelsystem einzuführen, nämlich einen Semesterbeginn am 1. Oktober und einen am 1. Januar, um den verspätet Zugelassenen überhaupt noch eine Chance zu geben, vor allem in den mathematischen und naturwissenschaftlichen Grundfächern.

Für uns als Technische Hochschule, die im wesentlichen additiv aufbauende Studiengänge hat, bedeuten die in den Anfangssemestern gelegten wissenschaftlichen Voraussetzungen die Bedingung dafür, daß die Studierenden, wenn sie sich ihrem eigentlichen Fachstudium zuwenden, auch wirklich die Ebene des Vorexamens erreicht haben. Verspäteter Studienbeginn ist einer der Gründe für die Durchfallquoten von 38% vor dem Vordiplom und die steigende Tendenz der nichtbestandenen Vorexamen. Für die betroffenen Studenten ist eine solche Misere meistens schon eine Begründung, sich a) in einer radikal politischen Weise zu engagieren und b) bedeutet das Nichtmitkommen in einer Vorlesung plus des verspäteten Studienbeginns oft eine psychische Belastung, die bereits im ersten Semester zu dem Verlust einer gewissen Selbstidentifikation des Studenten führt. Wir stellen in steigendem Maße fest, daß der Student nämlich nicht nur auf sich bezieht, warum er zu spät zugelassen worden ist, sondern ein ganzes Semester dabeizusitzen und nichts zu verstehen, hat psychische Rückwirkungen, ohne daß der Studierende etwas dafür kann. Nun, ergänzend noch dazu, sehen Sie folgende Rösselsprünge dieser zentralen Verteilungsstelle in Dortmund: Die TH Darmstadt hat Studienplätze zugewiesen bekommen für Studenten der Medizin, für Studenten der Anglistik. Diese Studenten und noch andere, aber aus anderen Gründen, fielen trotz der Zuweisung eines Studienplatzes aus der Gesamtverteilung heraus. Es sind nicht viele, aber die 35, die in Darmstadt nicht studieren konnten, sind 35 Menschen, die hier in ihrem Leben eine Belastung erhielten, wobei das Bedrückende für den Präsidenten dieser Hochschule ist, daß die zentrale Verwaltungsstelle bei ihren Gendarstellungen nachgewiesenermaßen diese Hochschule angelogen hat. Das Bestreben, diese Situation durch vernünftiges Abwägen aller Kriterien der ausbildbaren Studenten zu verändern, wird nach meiner Meinung durch ein zweites Verfahren noch kompliziert. Die Hochschule ist aufgefordert, ihre Studienplätze anzugeben, ihre Kapazitäten zu begründen. Dies tut sie in einem z. T. aufwendigen Verfahren; in letzter Zeit haben wir aber eher zurückhaltend reagiert, denn egal, was wir auch benennen, der Kultusminister setzt, gleichsam wie ein absolutistischer Herrscher, die Zahlen aus eigener Einsicht fest. Er rangiert, er setzt um, wie es ihm beliebt; er macht aus Studenten, die das Lehrfach studieren wollen, Diplomanden oder Magisterstudenten; bei Studiengängen wie Maschinenbau vervielfacht er die Studienplätze z. T. ohne Rückfrage. Hier sehen Sie jene Tendenzen, die unsere Situation in den letzten Jahren immer schwieriger werden ließen. Die Lösungen, die wir jetzt angeboten erhalten, sehen unter der Voraussetzung, daß das Hochschulrahmengesetz die parlamentarischen Hürden nehmen kann, folgendermaßen aus. Ein Drittel der vorhandenen Plätze soll vorab an soziale Härtefälle, an Ausländer, an Bundeswehrabsolventen, an Absolventen des öffentlichen Gesundheitsdienstes und der Fachhochschulen vergeben werden. Die übrigen zwei Drittel sollen nach einem kombinierten Modell von Leistung und Wartezeit vergeben werden. Ob diese Richtlinien zu mehr Chancengleichheit bzw. Chancengerechtigkeit führen

werden, wage ich zu bezweifeln; nur eines glaube ich jetzt schon feststellen zu können: Das dahinterstehende System ist noch komplizierter als das jetzige, d. h. also, daß der Anfang des Studiums sich ganz gewiß noch weiter verschieben wird, und in dem Moment, in dem eine Hochschule Studienordnungen hat – und wir haben sie für fast alle Fächer – bedeutet ein solches Zugangssystem gleichsam das Programmieren von nicht mehr sinnvoll durchgeführten Studiengängen. Wenn schon die Ungerechtigkeit im System liegt, dann wäre schließlich das Ungerechteste, nämlich das Losverfahren als Verteilungssystem, noch das Gerechteste. Es böte den Hochschulen die Chance, in den vier Semestern bis zum Vorexamen die Auswahl so vorzunehmen, daß auch der Studierende begreift, warum er für einen Studiengang geeignet und für einen anderen nicht geeignet ist. Unter diesen Voraussetzungen wäre auch – das ist mir beispielsweise von den Fachbereichen der Chemie des öfteren gesagt worden – durchaus die Bereitschaft vorhanden, eine höhere Quote aufzunehmen, weil wir ja feststellen, daß nur ungefähr 60% der Studienanfänger in Darmstadt ihr Studium mit Erfolg abschließen. An anderen Technischen Hochschulen sieht es ähnlich aus.

Auf die finanzielle Situation der Technischen Hochschule habe ich in meinem Rechenschaftsbericht mehrfach hingewiesen. Daß sie dem Präsidenten dieser Hochschule Anlaß zu Sorge und Kritik gibt, werden Sie verstehen, wenn Sie bedenken, daß heute, am 28. November, die Zahlen für 1976 noch nicht vorliegen. Unsere Bemühungen, die verminderten Sachmittel nach schwierig ermittelten Kriterien möglichst gerecht zu verteilen und effektiv einzusetzen, werden darüber hinaus durch veraltete und revisionsbedürftige Haushaltsanweisungen immer wieder erschwert. Mitte Oktober haben wir die letzten Geldzuweisung – ein Viertel unseres Gesamtbudgets! – erhalten. Da kann es natürlich nicht verwundern, daß die Hochschulausgaben an jedem Jahresende einen Berg ergeben, und böse Zungen behaupten, wir zündeten wohl am Jahresende das Geld an. Wir können aber die Gelder weder übertragen noch erlauben uns die Vorschrift der Zwölfteilung und der Mangel an planbaren Ausgabenprinzipien eine Alternative zu unserer bisherigen Arbeitsweise: im Laufe des Jahres sparsam zu wirtschaften und am Jahresende, wenn sich erst ein Überblick über die Gesamtsumme der verfügbaren Mittel erkennen läßt, Vorgeplantes auf einmal auszugeben. Mehr noch aber als der geschrumpfte Sachmittelfonds betreffen uns die Einsparungen und Umschichtungen im Personalbereich. Freiwerdende Stellen von wissenschaftlichen und sonstigen Mitarbeitern dürfen erst nach einer Karenzzeit von 3 Monaten mit eingehender Begründung wieder besetzt werden, wobei 25% grundsätzlich gesperrt bleiben. Im Verwaltungsbereich werden momentan 75% gesperrt und nur 25% werden für eine Wiederbesetzung freigegeben. Sie können sich vorstellen, daß dieses in absehbarer Zeit zu einer sehr schwierigen Situation führen wird, denn die Technische Hochschule Darmstadt ist von einer solchen Regelung viel stärker betroffen als die Universitäten, da die durchschnittliche Verweildauer der

Lehrenden, bedingt durch ihre fachliche Karriere und den Wechsel von Praxis zur Hochschule und umgekehrt, erheblich kürzer ist als bei den Universitäten. Besonders schmerzt es uns – und wir erkennen in dieser Maßnahme der Kultusverwaltung das mangelnde Verständnis für die besonderen Bedingungen einer Technischen Hochschule –, daß aus den technischen Bereichen der THD 20 Stellen abgezogen werden sollen zum Aufbau von technikwissenschaftlichen Studiengängen »was das immer auch sei« an der Gesamthochschule Kassel; von diesen 20 Stellen sollen 7 Architekturstellen werden; 10 Stellen sind für »Technik« vorgesehen, wobei man mir nicht erklären kann, was das eigentlich sei, welche Felder das abdeckt und was das ergeben soll. Das sind wenige Beispiele aus einer Vielzahl von Problemen, mit denen wir uns herumärgern müssen. Während uns diese Stellen hier fehlen und z. B. die Entwicklung der Halbleitertechnik verhindern, werden sie in Kassel auch trotz der angespannten Haushaltslage für die Einrichtung der eigentlichen technischen Studienbereiche, die wir durchaus akzeptieren würden, nicht viel Nutzen bringen. Vielleicht wäre folgender Überlegung sinnvoller: Da man die Lehrerausbildung an den Universitäten einschränken möchte, erschiene es mir eher möglich, daß die Universitäten ihre Kapazität an Stellen und Personal abgeben könnten und die Technische Hochschule Darmstadt ihre Kapazität bei der Entwicklung von Studienordnungen und der Beurteilung zukünftiger Nachfragesituationen einbringen könnte. Ich glaube, auf diesem Wege könnte eher als unter den jetzigen Bedingungen ein Kooperationsmodell entwickelt werden.

Die bis zu 30%ige Kürzung und die vollen Streichungen der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Verfügung gestellten Mittel für die Sonderforschungsbereiche, in denen langfristig institutionalisierte Gruppierungen von Forschern verschiedener Disziplinen aus wissenschaftlichen Hochschulen und anderen Forschungsinstituten sich zur koordinierten Forschung auf einem abgegrenzten Gebiet vereinigen, bereitet uns erhebliche Sorge und läßt uns befürchten, daß der Rang nicht nur unserer, sondern der deutschen Forschung überhaupt gegenüber dem internationalen Standard zukünftig an Gewicht verlieren könnte. An unserer Hochschule beobachte ich darüber hinaus noch eine zweite Angelegenheit, nämlich das deutliche Zurückgehen der Forschungsaufträge von Dritten. Wir sind unter den Technischen Hochschulen in der Bundesrepublik jene Hochschule, die mit an der Spitze der Beiträge von privaten Dritten steht, nämlich mit 26%. Wir sind gezwungen, eine solche Finanzierung anzustreben, weil Hessen weniger Bundesmittel für eine einzige TH investieren konnte. Vergleichen Sie die Investitionen in München, Stuttgart, oder gar Karlsruhe, dann sehen Sie, wie schwer wir es haben.

Ich habe Ihnen die uns bedrängenden Probleme nur kurz skizziert, ich möchte aber nicht verhehlen, daß die schwierige Situation auch als Herausforderung angesehen werden kann. Wir sehen in der finanziellen und personellen Restriktion durchaus eine Chance, die genutzt werden sollte. Wir müssen uns konzentrieren auf die Realisierung von Studienreformen. Ich hoffe, daß wir dadurch

unseren Bedarf deutlicher präzisieren können auch gegenüber den klassischen Universitäten. Ich bin sicher, daß dies gelingen wird, da wir an der Technischen Hochschule Darmstadt — und damit sind wir den meisten anderen Hochschulen voraus — für alle von uns angebotenen Studienrichtungen detaillierte, dem Stand der Wissenschaft entsprechende Studienpläne aufstellen, so daß jeder Studienanfänger sein Studium so planen und einteilen kann, daß für ihn die Möglichkeit besteht, es in einem Zeitraum von acht Semestern auch erfolgreich abzuschließen. Eine neue Diplom-Rahmenstudienordnung soll die für alle Studien gültigen Eckwerte sehen. Diese soll durch Ausführungsbestimmungen in den einzelnen Fachrichtungen ergänzt werden. Es ist die Chance unserer Hochschule, daß sie im Rahmen der Ingenieurausbildung und auch bei der Ausbildung von Berufsschullehrern und Lehrern klarere Gliederungen ihrer Studienpläne hat als die Universitäten. Wir müssen aber darauf achten, daß keine volle Verschulung einsetzt.

Im vergangenen Jahr habe ich Ihnen über die novellierte Fassung des Hessischen Universitätsgesetzes berichtet. Die dadurch notwendig gewordenen Neuwahlen zu allen Selbstverwaltungsgremien haben im vergangenen Sommersemester stattgefunden. Ob die Einführung der verkleinerten Fachbereichsräte in den größeren Fachbereichen sich bewähren wird, muß allerdings abgewartet werden. Auch die Gründung neuer, an langfristigen gemeinsamen Aufgaben orientierter Institute ist für die meisten Fachbereiche nahezu abgeschlossen. Damit, so hoffe ich, wird endlich die strukturelle Neuordnung der Hochschule abgeschlossen sein. Ich hoffe, daß es gelingt, arbeitsfähige Einheiten zu gründen, um endlich Ruhe zu haben, denn die Hochschule braucht keine Experimente, sondern Konsolidierung. Vor allem sollte man uns mit Modellversuchen verschonen, die nicht bezahlt werden und die im Grunde genommen nur zur Selbstbeschäftigung und Selbstkonturierung mancher Bildungspolitikern dienen. Lassen Sie mich ein Beispiel anführen: Vor 8 Jahren gab es in Hessen noch einen Assistenten, der in der Phase der Reformefrigkeit über Bord geworfen wurde. Da aber der Assistent natürlich mit Studenten in Berührung stand, wurde er anläßlich der Personalreform zum Hochschullehrer aufgewertet. Nach dieser Überleitung hat sich nun an unserer Hochschule folgendes Problem ergeben: Einerseits waren die neuen Dozenten größtenteils unpromoviert und damit, dies zeigte sich sehr rasch, als Hochschullehrer offensichtlich nicht in der Lage, ihre Aufgaben, wie es das Gesetz wollte, »selbständig« wahrnehmen zu können, weil sie natürlich die eigene Qualifizierung in den Vordergrund stellten bzw. stellen mußten. Zudem wurde das genannte System der Assistenz bei Vorlesungen und Übungen in Frage gestellt. Zum andern aber wurden die mit dem Tarifvertrag ausgestatteten Zeitstellen für wissenschaftliche Mitarbeiter nach Ablauf zum Teil mit Hilfe von Arbeitsgerichtsverfahren zu Dauerstellen gemacht, womit der Wechsel, von dem eine Hochschule lebt, immer mehr eingeschränkt wurde. Natürlich ist es eine dauernde Tätigkeit, an einer Hochschule zu unterrichten. Das heißt aber nicht, daß die Lehre

von einem und demselben Mann immer durchgeführt werden soll. Die Lebendigkeit einer Hochschule, zumindest aber ein wesentliches Element, ist gerade der Wechsel in diesen Zeitstellen. Ich bin mir bewußt, daß an unserer Hochschule relativ viel »eigener« Nachwuchs forscht und lehrt und welche alten Probleme bei der Wiedereinführung der Assistenten auf Zeitstellen erneut auftauchen werden. Aber wir können dem Nachwuchs nicht auf 30 Jahre die Türen verschließen. Allerdings wird, so vermute ich, eine Veränderung gegenüber früher eintreten: Vor 8 Jahren hatte jeder Assistent wenigstens eine eigene Stelle; jetzt, wo die Haushaltslage schlecht ist, wird man wahrscheinlich die Möglichkeit eröffnen, Beamtenstellen zu teilen. Ich frage mich, wie dann die Qualität einer Technischen Hochschule aussieht. Das andere Beispiel: Jetzt, wo wir kein Geld mehr haben, gründet das Kultusministerium eine Planungsabteilung. Man fragt sich natürlich, was diese größte Abteilung des Kultusministeriums soll. Die Planungsabteilung, gruppiert um einen Ministerialdirigent — und er braucht ja einen Stellenkegel —, soll Querschnittsreferate bilden, die zusammen mit den Universitäten die Studienreform betreiben sollen. Diese Querschnittsreferate stehen aber in der klaren Exekutivgewalt des Ministers. Damit ist von vornherein zwischen Hochschule und Ministerium eine Spannung angelegt. Praktisch sieht das folgendermaßen aus: Der erste Schritt heißt, daß eine Prüfungsordnung, die sich nur auf die rechtliche Seite, also nur auf den Ablauf, auf die Modifikationen, auf die Bedingungen der Prüfung bezieht, dem Hessischen Kultusminister nicht mehr genügt. Er möchte materielle Prüfungsordnungen; er möchte offenbar Normenbücher haben für das, was in einer Prüfung geprüft wird. Da gibt es unterschiedliche Abstufungen, sicherlich von Fach zu Fach, nur wer legt diese materiellen Prüfungsordnungen letztlich fest; sicherlich nicht mehr die THD. Das Kultusministerium bildet so aus der Studienreform einen Planungsvorgang, der zusammen mit der Anhebung von Lehrdeputaten und der Festlegung der Lehrverpflichtung die Universität verschult. Ich befürchte, daß diese Planung der Planung als Planung des Bankrotts enden wird. Das Opfer wird allerdings der Standard der TH sein. Um dies zu verhindern, brauchen wir die Hilfe der Öffentlichkeit und der Betroffenen. Trotz dieser Schwierigkeiten hat die Technische Hochschule Darmstadt im letzten Jahr versucht, Schwerpunkte zu bilden. Dazu zählt der Aufbau des Informatikstudiums, das die Technische Hochschule Darmstadt als einzige Hochschule Hessens ermöglicht. Während die Aktivitäten des jungen Fachbereichs in den ersten Jahren vornehmlich auf dem Gebiet der Kerninformatik lagen, hat das Jahr 1974 die Notwendigkeit erbracht, eine stärker anwendungsbezogene Informatik-Ausbildung in Hessen voranzutreiben, um so den Datenverarbeitungsprogrammen des Bundes entsprechen zu können. Wir wollen versuchen, bei vernünftigem Einsatz der uns zur Verfügung stehenden Mittel eine Weiterentwicklung anzustreben. Als weiterer Schwerpunkt ist die Förderung der Halbleitertechnologie zu nennen, auf deren Aufbau wir den Großteil unserer derzeitigen Investitionsmittel kon-

zentrieren. Wenn wir keine außerplanmäßige Unterstützung erhalten, wird die Hochschule in ihren einmaligen Mitteln auf zwei Jahre blockiert sein, um wenigstens diesen einen Teilbereich innerhalb der Elektrotechnik aufzubauen. Unsere Bemühungen, die Öffentlichkeit über die Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit der Hochschule zu informieren, spricht auch aus unserer bereits im vergangenen Jahr erwähnten Forschungsberichterstattung. Der 1974 erschienene erste Forschungsbericht der Technischen Hochschule Darmstadt hat Interesse und Anerkennung nicht nur in den mit Forschungspolitik befaßten Landes- und Bundesministerien gefunden, sondern auch in weiten Kreisen der Industrie. Darüber hinaus ist der Darmstädter Forschungsbericht zum Modell für die Forschungsberichterstattung vieler anderer Hochschulen geworden. Zur Zeit wird die Veröffentlichung des zweiten Forschungsberichts der Technischen Hochschule Darmstadt vorbereitet. An ihm zeigt sich, daß sich das positive Echo auf die erste Veröffentlichung auch nach innen ausgewirkt hat. Die Mehrzahl der 1974 noch bestehenden Lücken konnte geschlossen werden. Der neue Forschungsbericht, der zusätzliche Informationen enthält, gibt mit der Darstellung von 862 Forschungsprojekten ein eindrucksvolles Bild vom Stand und Umfang der an der Technischen Hochschule Darmstadt geleisteten Forschung. Er wird voraussichtlich zum Ende des Wintersemesters der Öffentlichkeit vorgestellt werden und wird Ihnen zugehen.

Lassen Sie mich abschließend die Probleme und ihre Folgen noch einmal zusammenfassen:

1. Wir leben mit Sperrungen und Streichungen, die unmotiviert und unbegründet aus heiterem Himmel auf uns herniederprasseln.
2. Wir müssen uns darauf einrichten, mit einem auf nahezu Null tendierenden Bauhaushalt zu fahren. Jeder Neubau ist gestrichen worden. Wir haben nur die Chance, durch gewisse Infrastrukturmaßnahmen Ergänzungsbauten, wie z. B. die Mensa auf der Lichtwiese, bauen zu können.
3. Die materiellen Prüfungsordnungen machen mir außerordentlich Sorge, weil sie den Kern einer Hochschule, die Freiheit von Forschung und Lehre treffen.
4. Die Infrastruktur unserer Hochschule muß die Chance beinhalten, nach wie vor die sachgegebenen Notwendigkeiten zu berücksichtigen, dabei aber den Randbedingungen zu entsprechen, die wir nach dem Karlsruher Urteil anerkennen müssen.

Welches ist die Gefahr, die sich aus diesen Problemen ergibt:

1. Eine klar erkennbare Tendenz zur Verschulung, die Anhebung des Lehrdeputats, der weitgehende Wegfall von Assistenz bzw. deren Umsetzung in Lehrbereich unterstreichen diese Tendenz.
2. Die gegenwärtige Situation erzwingt förmlich – eine für mich weit katastrophalere Angelegenheit – die Tendenz zu Hausberufungen. Der Senat dieser

Hochschule hat klipp und klar festgelegt – und der Präsident hält sich strikt daran –, daß wir keine Hausberufungen mehr durchführen wollen, daß wir im Ingenieurbereich die Berufung aus der Praxis wollen. Aber in diesem Zusammenhang sehen wir in zunehmendem Maße eine weitere Schwierigkeit. Es gibt vermehrt Berufungen aus wissenschaftlichen Laufbahnen in einer Vielzahl von Forschungseinrichtungen und Instituten, die sich als Praxisbezug ausgeben, ohne jene Erfahrung in der Praxis zu vermitteln, die wir von den Lehrkräften der ingenieurwissenschaftlichen Bereiche traditionell fordern. Da die Ausstattungsfragen immer mehr Gewicht erhalten, wird der in der Praxis Tätige zu teuer; und wenn dann eine Liste zum x-ten Male aufgebraucht ist, wird schließlich ein Kandidat benannt, der dann kommt. Denn wir müssen damit rechnen, daß die Studentenzahlen weiter anwachsen werden. Glücklicherweise gilt das Studium an der TH Darmstadt als schwierig, und unsere Hochschule steht in dem Ruf, gute Noten nicht zu verschenken. Dies mag ein Grund dafür sein, daß wir in den Ingenieurbereichen keinen unzumutbar raschen Zuwachs haben. Natürlich wirken sich überdies die Anforderungen in den Grundlagenfächern Mathematik, Chemie und Physik aus. Dennoch – und das muß ich Ihnen als Präsident dieser Hochschule ganz deutlich sagen – droht das Gleichgewicht zwischen Forschung und Lehre verlorenzugehen, und wir bekommen eindeutig auf Kosten der Forschung, auf Kosten der Innovation eine Entwicklung, die nicht der Tradition unserer wissenschaftlichen Hochschule entspricht.

Abschließend möchte ich Ihnen noch über Planungen berichten, die mir in meiner Eigenschaft als Historiker besonders am Herzen liegen. Seit Beginn des Wintersemesters 1877/78 trägt die Technische Hochschule Darmstadt auf Verfügung des Großherzogs Ludwig IV. von Hessen und bei Rhein ihren Namen. Verbunden mit der Namensänderung von »Polytechnischer Schule« in »Technische Hochschule« war eine Revision der organischen Bestimmungen der Hochschule, durch die die Reifeprüfung als Voraussetzung für das Studium und eine Neuordnung der Abgangsprüfung mit der Erteilung von Diplomen festgesetzt wurde. Die Verleihung des Habilitationsrechts im Jahre 1878 bekräftigte den akademischen, den Maßstäben der Universitäten vergleichbaren Charakter der Technischen Hochschule. Da Darmstadt überdies eine der ersten deutschen technischen Lehranstalten ist, die diese durch die industrielle Revolution beschleunigte Entwicklung abgeschlossen hat, beabsichtigen Präsident und Senat zur 100jährigen Wiederkehr dieser Ereignisse im Wintersemester 1977/78 eine Reihe von Veranstaltungen durchzuführen, die der Bedeutung des Anlasses angemessen sind. Wir planen unter anderem ein internationales Symposium, das die Thematik des dann 30 Jahre zurückliegenden Internationalen Kongresses für Ingenieurausbildung in Darmstadt 1947 wieder aufnehmen soll: Eine Bestandsaufnahme der naturwissenschaft-

lich-technischen Ausbildung sowie eine Diskussion der Frage nach der Position des Ingenieurs in der modernen Welt und nach dem moralischen Stellenwert der Technik in der Gesellschaft. Weitere Kolloquien und Veranstaltungen sollen sich mit dem historischen Komplex der Entwicklung Technischer Hochschulen als Antwort auf die technische Herausforderung und mit den Fragen der Förderung und Ausbildung wissenschaftlichen Nachwuchses befassen. Trotz der ungünstigen Lage durch die Zerstörung der meisten Aktenbestände im Zweiten Weltkrieg soll auch der Versuch unternommen werden, eine Geschichte der Technischen Hochschule Darmstadt vorzulegen, die eine Untersuchung über den Wandel des Bildes in der Öffentlichkeit der Hochschule einschließen wird und ihre Entwicklung im Rahmen allgemeiner hochschulpolitischer Diskussion darstellt. Eine Reihe internationaler Fachtagungen und Kongresse im Jubiläumsjahr wird die von uns entwickelte Konzeption ergänzen. Wenn ich Sie heute schon auf diese Jubiläumsfeier hinweise, so nicht nur, weil wir uns freuen werden, Sie als unsere Gäste der geplanten Veranstaltungen zu begrüßen, sondern weil ich Sie bitten möchte, von Ihrer Seite weitere Anregungen und wohlwollende Unterstützung unserer Pläne an mich heranzutragen.

Ich danke Ihnen.

Der Vorsitzende dankte dem Präsidenten für seine Ausführungen und sagte: »Der reiche Beifall der Versammlung mache deutlich, wie sehr die Mitglieder daran interessiert seien zu erfahren, was an der Hochschule passiert. Der Bericht des Präsidenten stehe somit im Mittelpunkt der Jahrestagungen.«

Zu Wort meldete sich Herr Dr. Hämmerling mit der Feststellung, daß die Ausführungen des Präsidenten in die Öffentlichkeit gehörten. Er bat darum, daß die Rede von Herrn Professor Böhme in dem Bericht über die Jahrestagung oder in Form einer Denkschrift wörtlich abgedruckt wird, damit die Mitglieder in die Lage versetzt werden, mit ihren Freunden darüber zu diskutieren. Der Vorsitzende sagte dies zu, bat aber im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit und das noch zu behandelnde Thema »Satzungsänderungen« von einer Diskussion über den Bericht des Präsidenten abzusehen, zumal bei der Abendveranstaltung noch Gelegenheit bestehe, dem Präsidenten Fragen zu stellen.

7. Satzungsänderungen

Um die Satzung der Vereinigung den derzeitigen Gegebenheiten an der Technischen Hochschule Darmstadt anzupassen, sind Änderungen in den Paragraphen 2, 4, 5, 6, 9, 11, 13, 16, 18 und 20 notwendig geworden. Eine Vorstandsvorlage mit einer Begründung für jede geplante Satzungsänderung ist allen Mitgliedern der Vereinigung mit der Einladung zur 50. Hauptversammlung zugegangen. Der Vorsitzende erklärte hierzu, daß einige schriftliche Stellungnahmen zur Vorstandsvorlage eingegangen sind, die zum Teil

mit einem Schriftwechsel mit Herrn Professor Schultz abgeklärt werden konnten, und daß insbesondere über Abänderungsanträge von Herrn Rauber, die dem Vorstand sehr beachtlich erscheinen, beraten und abgestimmt werden müsse. Zum procedere bat der Vorsitzende Herr Professor Schultz, der bei Erstellung der Vorstandsvorlage federführend gewesen ist, mit an das Rednerpult, damit er bei Fragen aus der Versammlung gleich Rede und Antwort stehen könne. Herr Professor Schultz schlug zum Verfahren vor, zunächst

- a) die Vorstandsvorlage auf Unklarheiten und Ungenauigkeiten abzuklopfen, sodann
- b) über Abänderungsvorschläge aus dem Mitgliederkreis zu beraten und mit einfacher Stimmenmehrheit zu beschließen und schließlich
- c) über die so geänderte Vorlage en bloc abzustimmen,

womit sich die Versammlung einverstanden erklärte.

Zu a) bat Herr Professor Schultz die beim Druck der Vorstandsvorlage vergessene Überschrift vor § 16 »C. Hauptversammlung« wieder einzufügen und im § 13 eine Textkorrektur vorzunehmen. Grammatisch richtig muß es hier im Nachsatz heißen: »Das gleiche gilt für die Vertretung etwa künftig an Stelle der Fachbereiche oder zu diesen hinzutretender sonstiger Organisationseinheiten der Hochschule.«

In der Begründung zu § 2 steht am Schluß der optimistische Satz: »Zugleich sollte die Bestimmung zweckmäßigerweise knapper gefaßt und gestrafft werden.« Wenn man die Texte des § 2 nach der bisherigen Satzung und der Vorstandsvorlage vergleicht, ist eine wesentliche Straffung nicht festzustellen. Zur Erklärung dieses Widerspruchs teilte Herr Professor Schultz mit, daß der Vorstand die Satzungsänderungen, wie es die Sorgfaltspflicht für einen gemeinnützigen Verein erfordert, mit dem örtlichen Finanzamt abgesprochen hat und daß letzteres dringend dazu geraten hat, die Voraussetzungen für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit durch eine breitere Formulierung des § 2 recht deutlich zu machen.

Zu b) stellte Herr Professor Solle einen Abänderungsantrag zu § 5, demzufolge die letzten Sätze dieses Paragraphen lauten sollen: »Nicht eingegangene Beiträge werden zweimal schriftlich angemahnt. Zwei Jahre nach erfolgloser Mahnung erlischt die Mitgliedschaft.« In seiner Begründung gab Herr Professor Solle der Befürchtung Ausdruck, daß eine Beitragserhebung durch Postnachnahme, auch in der gemilderten Form einer Kannvorschrift, wie sie die Vorstandsvorlage vorsieht, vermeidbaren Ärger bei den Betroffenen hervorrufen könne; auch würde eine Erzwingung von Hilfsbereitschaft nicht dem Charakter unserer Vereinigung entsprechen. In der Diskussion über diesen Antrag äußerte Ehrenpräsident Büchner Bedenken, die auch vom Schatzmeister Dr. Wenzel geteilt wurden, der darauf hinwies, daß erfahrungsgemäß in jeder Jahresabrechnung der Vereinigung Beitragseingänge für eine ganze Reihe

von Vereinsjahren registriert werden. Herr Rauber sprach sich für den Antrag von Herrn Professor Solle aus, der bei der folgenden Abstimmung mit einer knappen Mehrheit von 21 Stimmen, bei 19 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen, angenommen wurde.

Unter b) wurden sodann weitere Abänderungsanträge behandelt, die Herr Rauber bereits schriftlich gestellt hatte. Der erste Antrag bezieht sich auf § 4 und beinhaltet praktisch die Beibehaltung der Ablösungsmöglichkeit des Mitgliedsbeitrages auf Lebenszeit für Einzelmitglieder. Antragsgemäß soll die Vorstandsvorlage in § 4 durch folgende Sätze ergänzt werden:

»Einzelpersonen können nach Vollendung des 55. Lebensjahres ihren Beitrag durch Zahlung des 15fachen Mindestbeitrags auf Lebenszeit ablösen. Maßgebend für die Berechnung ist der im Jahre der Ablösung geltende Mindestbeitrag.«

Nach kurzer Begründung durch Herrn Rauber äußerte Ehrenpräsident Büchner die Befürchtung, daß der Vereinigung bei dieser Regelung zuviel Beitragseinnahmen entgehen könnten. Herr Rauber entgegnete, daß es sich ja nur um eine Kann-Vorschrift handele, auch sei es besser, gelegentlich ein langjähriges Mitglied nach Vollendung des 70. Lebensjahres beitragsfrei zu führen, als sich unter Umständen von ihm trennen zu müssen. Die Abstimmung ergab 37 Stimmen für diesen Antrag Rauber, 3 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen. In seinem zweiten Antrag bezieht sich Herr Rauber auf § 13, Absatz 2. Hier heißt es in der Vorstandsvorlage: Welche Fachbereiche der Hochschule einzeln oder gemeinsam als Fachbereichsgruppen die Vertreter zu d) entsenden, wird durch Beschluß des Vorstandes festgelegt.

Herr Rauber plädierte dafür, daß der Vorstandsrat für diesen Beschluß zuständig sein soll, zog aber nach kurzer Diskussion, durch Gegenargumente von Herrn Professor Schultz überzeugt, seinen Antrag wieder zurück. Bezüglich § 13 bleibt es somit bei der Formulierung der Vorstandsvorlage.

Der dritte Antrag von Herrn Rauber betrifft § 18 und beinhaltet das auch vom Vorstand als legitim und wünschenswert anerkannte Begehren, die Voraussetzungen für einen etwaigen Auflösungsbeschluß durch schriftliche Abstimmung eindeutiger zu fixieren. Hierfür schlug Herr Professor Schultz folgende Ergänzung der Vorstandsvorlage vor: »... dieser Beschluß kann durch schriftliche Abstimmung auch außerhalb der Hauptversammlung gefaßt werden, wenn eine vorausgegangene Hauptversammlung mit dem Antrag auf Auflösung befaßt war, jedoch infolge zu geringer Teilnehmerzahl nicht mit der nötigen Mehrheit entscheiden konnte.« Ein von Herrn Rauber gegen diese Formulierung geäußertes Bedenken konnte Herr Professor Schultz mit der Feststellung ausräumen, daß der von ihm vorgeschlagene Text »... mit dem Antrag auf Auflösung befaßt war...« den Begriff »nach Tagesordnung besprochen« juristisch impliziert. Die Abstimmung über diesen Antrag Rauber in der Formulierung von Professor Schultz ergab: 40 Stimmen dafür und 3 Enthaltungen. Zur Formulierung der Vorstandsvorlage in § 11, Absatz 2 äußerte Herr Rauber

die Frage, ob nicht eine Mitteilung der Empfänger von Bewilligungen an die Vereinigung über die Verwendung der Mittel zwingend notwendig sei. Herr Dr. Wenzel wies darauf hin, daß ein Nachweis über die ordnungsmäßige Verwendung der bewilligten Mittel schon dadurch gewährleistet sei, daß die Begünstigten die Rechnungen für Maschinen und Geräte der Vereinigung zur Bezahlung einreichen.

Ein letzter Antrag von Herrn Rauber bezieht sich auf § 20, bei dem er die Formulierung der Vorstandsvorlage nicht für zwingend hält, insbesondere dann, wenn über die Verwendung des Vereinsvermögens mehrere Vorschläge gemacht werden. Herr Rauber hatte schriftlich beantragt, die letzten Sätze des § 20 wie folgt zu fassen: »... getroffen werden; wie beim Auflösungsbeschluß entscheidet die Mehrheit aller Mitglieder. Unterbleibt eine Bestimmung des Anfallberechtigten oder kommt die erforderliche Mehrheit nicht zustande, so fällt das Vereinsvermögen der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu.« In der Diskussion über diesen Antrag wandten sich die Herren Blaum, Schultz und Wenzel gegen eine Abänderung der Vorstandsvorlage in § 20, dessen Formulierung vom Finanzamt nach wochenlangen Verhandlungen hinsichtlich der Gemeinnützigkeit der Vereinigung abgesegnet worden ist. Die Abstimmung ergab: 1 Stimme für den Abänderungsantrag von Herrn Rauber, 42 Stimmen dagegen, keine Enthaltung.

Nachdem aus der Versammlung keine weiteren Wortmeldungen zur Vorstandsvorlage erfolgten, stellte der Vorsitzende unter c) die nunmehr ergänzte und abgeänderte Vorstandsvorlage in toto zur Abstimmung, bei der 43 stimmberechtigte Mitglieder zugegen waren. Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen wurden von allen 43 Beteiligten ohne Gegenstimme und ohne Stimmenthaltungen angenommen.

Der Vorsitzende dankte Herrn Professor Schultz für die große Arbeit, die er sich mit der Erstellung der Vorstandsvorlage gemacht hat; er dankte ferner allen Diskussionsrednern und insbesondere Herrn Rauber für seine wertvollen Anregungen.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

erfolgten keine Wortmeldungen.

Nach kurzer Pause hielt Herr Professor Dr. rer. nat. Ulrich Ernst Lüttge zu Nr. 9 der Tagesordnung den **Festvortrag** mit dem Titel

»Transportprozesse in komplex organisierten pflanzlichen Systemen«.
Wir verdanken dem Autor nachstehende Kurzfassung seines Vortrags:

In komplex organisierten pflanzlichen Systemen verbinden und korrelieren Transportprozesse funktionell und strukturell differenzierte Bereiche. **Trans-**

portprozesse integrieren einzelne Kompartimente innerhalb von Organellen, einzelne Organelle innerhalb von Zellen, einzelne Zellen in Geweben, verschiedene Gewebe in Organen und verschiedene Organe in der ganzen Pflanze. Transportprozesse regulieren auch Kontakte mit der Umgebung, mit anderen Organismen in dieser Umgebung und mit Symbionten und Parasiten. Wir können dabei verschiedene **Transportwege** unterscheiden, denen verschiedene Transportmechanismen entsprechen. Der Transport durch die 7 nm dicken Lipoproteinmembranen der Zelle ist Kurzstreckentransport. Er kann passiv sein; seine treibenden Kräfte sind dann allein chemische oder elektrochemische Gradienten. Er kann auch aktiv sein, seine treibende Kraft hängt dann auch noch von biochemischen Umsetzungen des Stoffwechsels ab. Die durch Plasmabrücken (Plasmodesmen) zusammenhängenden lebenden Protoplasten der Zellen eines Gewebes bilden einen Symplasten, der einen symplasmatischen Transportweg für mittlere Strecken darstellt. Dem Langstreckentransport zwischen verschiedenen Geweben und zwischen den verschiedenen Organen der Pflanze dienen besondere Röhrensysteme. Dabei vermittelt das Röhrensystem des Xylems den Transport von Wasser und Nährsalzen meist von der Wurzel in das Sproßsystem, das des Phloems den Transport von Zuckern von den Photosyntheseorten in den Blättern zu den Orten des Bedarfs und Verbrauchs. Einen anschaulichen Vergleich bietet vielleicht eine spezialisierte moderne Industriegesellschaft mit ihren verschiedenen Verkehrswegen und Verkehrsmechanismen.

Um das zu regeln, braucht auch die Pflanze Rückkopplung; sie braucht Informationsübermittlung. **Elektrische Signale, Energiesignale und hormonelle Signale** spielen dabei eine Rolle.

Die Natur dieser Signale können wir anhand von drei **einfacheren Systemen** erläutern, bei denen nur jeweils **eine bestimmte Zellsorte** eine Rolle spielt, die also noch nicht aus unterschiedlich differenzierten Geweben bestehen:

Grüne Pflanzenzellen haben ein innen negatives elektrisches Membranpotential, das empfindlich gegen Stoffwechselgifte ist und das bei Licht-Dunkel-Wechseln zu schwingen beginnt, ehe es sich auf ein neues Ruhepotential einreguliert.

Das Niveau der Adenosinriphosphat-Konzentration, das heißt, der energetischen »Leitwährung« der Zelle, bestimmt den Ablauf von Membrantransportprozessen.

Das pflanzliche Hormon β -Indolylessigsäure reguliert das Streckungswachstum von Zellen und Geweben mit Hilfe eines Membrantransportmechanismus, bei dem Wasserstoffionen gegen Kaliumionen ausgetauscht werden.

Die **Funktionsweise zusammengesetzter Systeme** wird durch die Betrachtung von zwei Beispielen deutlich, bei denen zwei verschiedene Gewebe eines Organs kooperieren. Als erstes Beispiel wählen wir die bekannte Erscheinung

der weiß-grünen Scheckung von Blättern. Ein Teil der Zellen hat hier durch eine Mutation die grüne Farbe und damit die Fähigkeit zur photosynthetischen Stoffproduktion verloren. Diese weißen Areale müssen durch Transport aus den grünen Arealen ernährt werden. Elektrophysiologische Versuche machen deutlich, daß eine gute Verbindung zwischen den Zellen der weißen und grünen Areale besteht. Wie alle Pflanzenzellen haben sowohl Zellen weißer als auch Zellen grüner Areale ein elektrisches Membranpotential. Durch den Verlust der Fähigkeit zur Photosynthese zeigen die Zellen weißer Areale für sich allein aber kein lichtabhängiges Schwingen des Membranpotentials mehr. Dieses lichtabhängige elektrische Signal wird aber sehr rasch von den grünen in die weißen Bereiche transportiert und kann dort mit einer Elektrode gemessen werden. Das zweite Beispiel bieten die großen Blasen Zellen an der Oberfläche der Blätter der australischen Wüstenpflanze *Atriplex spongiosa*. Mit Hilfe von drüsenartigen Stielzellen akkumulieren diese Blasen große Mengen Kochsalz gegen einen beträchtlichen elektrochemischen Gradienten. Auf diese Weise wird bei starker Salzbelastung im ariden Wüstenklima der Salzgehalt in den photosynthetisch aktiven, assimilierenden Blatteilen einigermaßen niedrig gehalten. Dies ist einer von vielen möglichen Anpassungsmechanismen von Pflanzen an salzreiche Standorte mit geringem Wasserpotential. Die Salzakkumulation in den Blasen Zellen wird durch Licht stark gefördert. Als Energiequelle für die aktive Salzakkumulation kann das Licht aber nur nach Umwandlung in eine für die Zelle brauchbare Form chemischer Energie genutzt werden. Dies geschieht durch den Apparat photosynthetischer Energieübertragung. Die Blasen Zellen und ihre Stielzellen verfügen aber garnicht über einen solchen Apparat; sie sind photosynthetisch inaktiv. Die Energie muß also aus den grünen inneren Blattbereichen, vermutlich in Form energiereicherer Moleküle, herantransportiert werden. Ähnlich wie bei den gescheckten Blättern können wir auch hier wieder zeigen, daß guter elektrischer Kontakt besteht. Als photosynthetisch inaktive Zellen erzeugen die Blasen Zellen allein keine lichtabhängigen Membranpotentialschwingungen, das Signal kann aber rasch aus den grünen Blattzellen zu den Blasen gelangen.

Das **System der ganzen Pflanze** ist noch um ein Vielfaches komplexer. Wir müssen versuchen, Teilaspekte der Funktionsweise herauszugreifen. Wählen wir wieder ein Beispiel aus dem Bereich des Wasser- und Salzhushaltes. Die Wasser- und Ionenaufnahme aus dem Boden erfolgt durch die Wurzeln. Passiver und aktiver Kurzstreckentransport von Ionen durch die Membranen der Wurzelzellen und Mittelstreckentransport im Symplasten des Wurzelgewebes sind daran beteiligt. Wasser folgt passiv osmotisch nach. Die treibende Kraft für den Langstreckentransport in den Sproß ist der Wasserpotentialgradient zwischen dem Boden und der Atmosphäre mit der dazwischengeschalteten Pflanze. Wasser steigt in langen Fäden in den Kapillarröhren des Xylems auf; Kohäsion zwischen den Wassermolekülen verhindert das Abreißen der Fäden. Von der Blattoberfläche verdunstet das Wasser in die Atmosphäre.

Diesem Transpirationsstrom stehen verschiedene Widerstände entgegen. Einen entscheidenden Widerstand kann die Pflanze aktiv regulieren, nämlich die Abgabe des Wasserdampfes durch die Spaltöffnungen in der Blattoberfläche.

Die Spaltöffnungen stellen Aussparungen dar zwischen zwei besonders geformten Zellen, den Schließzellen. Durch bestimmte anatomische Einrichtungen weichen die Schließzellen bei Erhöhung des Binnendruckes auseinander und erweitern den Spalt. Bei Erniedrigung des Binnendruckes können die Schließzellen den Spalt verengen und letztlich ganz verschließen. So kann die Pflanze ihre Transpiration regulieren und sich den Bedingungen in der umgebenden Atmosphäre anpassen. Der entscheidende Mechanismus dabei ist ein Membrantransport von Kaliumionen. Die Schließzellen arbeiten wie ein Osmometer. Eine Akkumulation von Kaliumionen führt zu einer osmotischen Wasseraufnahme, der dadurch erhöhte Druck zum Öffnen des Spaltes. Bei Kaliumabgabe wird der Spalt wieder verengt.

Dieser Kaliumtransport wird durch das Hormon Abscisinsäure reguliert, die das Einpumpen von Kaliumionen in die Schließzellen hemmt. Sobald die Pflanze auf irgendeine Weise unter Wasserstreßbedingungen kommt, wird in den Blättern Abscisinsäure in ausreichender Menge gebildet, um die Spaltöffnungen zu schließen. Der Widerstand für die Transpiration wird dadurch stark erhöht und ein weiterer Wasserverlust bedeutend eingeschränkt.

Die Abscisinsäure vermittelt auch eine wichtige Rückmeldung an die wasser- und salzaufnehmende Wurzel und steuert damit gleichzeitig den Nachschub am anderen Ende des Systems. In den Blättern gebildete Abscisinsäure kann durch Langstreckentransport im Phloem in die Wurzeln gelangen. Mit abgeschnittenen Wurzeln hat man gefunden, daß Abscisinsäure den Ionentransport durch die Wurzeln selektiv beeinflusst und daß die Art dieser Wirkung von Faktoren der Umgebung wie der Temperatur und dem Ionenmilieu der Wurzeln abhängt. Mit ganzen Pflanzen kann man zeigen, daß sich während einer Erholungsphase nach leichtem Anwelken der Blätter die Lebensvorgänge in den Blattzellen sehr schnell regenerieren, wogegen in den Wurzeln ein dorthin transportierter Faktor – vermutlich Abscisinsäure – noch viel länger wirksam bleibt, obwohl die Wurzeln selbst vom Welken nicht unmittelbar betroffen waren.

So reguliert die Pflanze zahlreiche innere Vorgänge durch Transportprozesse und paßt sich durch Transportprozesse in ihre Umwelt ein. **Abgrenzungen** sind eine Voraussetzung der Eigenständigkeit von Organismen und von einzelnen Teilen in komplex organisierten Organismen, denn nur sie führen zur »Emanzipation von der Umgebung«.*) Lebewesen sind aber offene Systeme, durch die ein ständiger Fluß von Energie und Materie abläuft. Ohne eine **kontrollierte Überwindung durch Transport** würde Abgrenzung zum Tode führen.

*) HANS NETTER, Theoretische Biochemie, Springer, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1959.

Der große Beifall bekundete das lebhaftes Interesse der Zuhörerschaft an diesem Thema aus dem Grenzgebiet von Botanik und Biochemie.

Der Vorsitzende dankte Herrn Professor Lüttge herzlich für den Einblick in ein aktuelles Arbeitsgebiet, den er mit seinem interessanten Vortrag gegeben hat.

Danach schloß Herr Dr. Toeller die Mitgliederversammlung.

Den Ausklang der Jahrestagung bildete ein geselliges Beisammensein von Mitgliedern und Gästen im Georg-Moller-Haus.

Ehrensator Dr.-Ing. Heinrich Toeller
Vorsitzender

Dr. Franz Wenzel
Schatzmeister und Schriftführer